

Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD  
25. August 2007  
RuhrCongress, Bochum

---

1 **Antrag-Nummer: A 1 – Fassung Antragskommission**

2

3 **Antragsteller: Landesvorstand**

4

5 **Betreff: Die beste Bildung für alle**

6

7

8 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

9

10 **Erfolgreich starten und ein Leben lang lernen – Fördern statt**  
11 **Auslesen**

12

13 **Für eine neue, gerechte Bildungspolitik**

14

15 Während der Zeit unserer Regierungsverantwortung haben wir in der  
16 nordrhein-westfälischen Bildungs- und Schulpolitik vieles auf den  
17 richtigen Weg gebracht. Die Stärkung des Bildungsauftrags des Kin-  
18 dergartens, die Sprachförderung, die offene Ganztagsgrundschule,  
19 das Abitur nach 12 Jahren, die Selbstständigkeit von Schulen und  
20 damit verbunden die zentralen Abschlussprüfungen, die Lernstands-  
21 erhebungen, die Schulinspektion und die Reform der Schulaufsicht  
22 sind hierfür nur einige Beispiele.

23

24 Viele anerkanntermaßen richtige Entscheidungen wurden getroffen.  
25 Stets sind wir für eine Bildungspolitik eingetreten, deren oberstes Ziel  
26 die bestmögliche Vorbereitung der Kinder und Jugendlichen auf ihr  
27 weiteres Leben ist. Die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit,  
28 Integration und Chancengleichheit stand immer im Mittelpunkt unse-  
29 rer Bildungspolitik. Aber wir haben nicht früh und nicht vehement  
30 genug auf gesellschaftliche Veränderungen reagiert.

31

32 CDU und FDP haben mit ihrer gegen jeglichen Sachverstand durch-  
33 gesetzten Novellierung des Schulgesetzes das Prinzip der Chancen-  
34 gleichheit über Bord geworfen. Die Landesregierung handelt zum  
35 Nachteil der jungen Generation. Statt mehr Partizipation und Chan-  
36 cengleichheit bedeutet das Schulgesetz eine Einschränkung der  
37 Lebenschancen für viele nordrhein-westfälische Kinder und Jugend-  
38 liche. Das nordrhein-westfälische Schulgesetz steht für weniger  
39 Durchlässigkeit, verstärkte Auslese und Abbau von Bildungsbeteili-  
40 gung. Inhalt des Gesetzes und verbale Absichtserklärungen der  
41 schwarz-gelben Landesregierung stehen in eklatantem Widerspruch.  
42 Diese fatale Politik setzt sich im Elementar- und Hochschulbereich  
43 fort: Das erfolgreiche Gesetz für Tagesstätten für Kinder (GTK) wird  
44 durch das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) abgelöst. Es ist ein reines  
45 Finanzierungsgesetz, mit deutlichen Einschränkungen, die Kommun-  
46 en und Eltern belasten werden. Ein eigenständiger Bildungsauftrag  
47 für Kindertageseinrichtungen wird mit keinem Wort erwähnt.

48

49 Sturgegebühren stehen für weniger Studierende und weniger Chan-  
50 cengleichheit. Das sogenannte Hochschul„freiheits“gesetz bedeutet  
51 im Ergebnis eine Disqualifizierung der NRW-Hochschullandschaft.

1 Die Balance zwischen Ökonomie und Wissenschaftsfreiheit ist nicht  
2 gewährleistet.

3  
4 Die Elemente dieser fatalen Bildungspolitik von CDU und FDP sind  
5 u.a.: Auflösung der Grundschulbezirke, Kopfnoten, Prognoseunter-  
6 richt, die Abkopplung des Gymnasiums von den anderen Schulfor-  
7 men, Aufhebung der Drittelparität in der Schulkonferenz, die Ein-  
8 schränkungen kommunaler Gestaltungsmöglichkeiten, die Reduzie-  
9 rung der Selbstständigkeit der Schulen auf die Funktion des Schul-  
10 leiters als Dienstvorgesetztem, die Einführung von Schulrankings, die  
11 Beschneidung der Mitbestimmungsrechte der Lehrerinnen und Lehrer  
12 und die Benachteiligungen der Gesamtschulen.

13  
14 Um die Zukunftschancen aller Kinder und Jugendlichen, wie auch die  
15 der bildungs- und sozial benachteiligten Erwachsenen wieder in den  
16 Mittelpunkt zu stellen, braucht Nordrhein-Westfalen eine neue, eine  
17 gerechte Bildungspolitik.

18  
19 Mit unserem bildungspolitischen Konzept greifen wir die wissen-  
20 schaftlichen Erkenntnisse und Empfehlungen nach den PISA-Ergeb-  
21 nissen sowie die Herausforderungen und Chancen der demografi-  
22 schen Entwicklung auf.

23  
24  
25

## 26 **Leitgedanken**

27 **Kein Kind beschämen, kein Kind zurücklassen; jedes Kind zählt**  
28 **und verdient Unterstützung**

29

30 Jeder Mensch verfügt über Potenziale und ~~Begabungen~~ Fähigkeiten,  
31 die erkannt und gefördert werden müssen – von Anfang an und ein  
32 Leben lang. Deshalb stellen wir in allen Lernphasen das einzelne  
33 Kind, den jeweiligen Menschen in den Mittelpunkt.

34  
35

36 **Bildungspolitik ist mehr als Organisation von**  
37 **Wissensvermittlung**

38

39 Bildung und Wissen sind die Basis der sozialen Demokratie. Sie sind  
40 elementare Bausteine für ein selbstbestimmtes Leben und das Fun-  
41 dament für den Zusammenhalt und die Leistungsfähigkeit einer  
42 Gesellschaft.

43

44 Deshalb zielen Bildungsangebote auf die Entwicklung der Persönlich-  
45 keit, auf Mitwirkungsmöglichkeiten in der Gesellschaft und auf  
46 Beschäftigungsfähigkeit ab. Bildung muss ganzheitlich angelegt sein.  
47 Die Vermittlung der emotionalen, motorischen, sozialen, sprachli-  
48 chen, musisch-künstlerischen, mathematisch-naturwissenschaftli-  
49 chen, und kognitiven Fähigkeiten muss gleichwertig und gleichge-  
50 wichtig stattfinden.

51

52

53 **Chancengleichheit ist Kernbotschaft der NRWSPD**

54

55 Internationale Studien belegen, dass in Deutschland der Bildungs-  
56 erfolg maßgeblich von der sozialen Stellung der Eltern abhängt. Dies  
57 ist für uns nicht hinnehmbar. Deshalb muss allen die Möglichkeit  
58 gegeben werden, mit gleichen Chancen ~~dem jeweiligen Potenzial~~

1 entsprechend – nach dem Prinzip des Förderns und Forderns – zu  
2 lernen und qualifizierte Abschlüsse zu erlangen.

### 3 4 **Bildung in der Wissensgesellschaft**

5 Auch Deutschland – das einstige Industrieland par excellence – hat  
6 den Übergang zur Wissensgesellschaft längst vollzogen. Unter den  
7 Bedingungen der Wissensgesellschaft hängen sowohl die Entwick-  
8 lungsmöglichkeiten jedes Einzelnen wie auch die Perspektiven von  
9 Staat, Wirtschaft und Gesellschaft von der Qualität des  
10 Bildungssystems ab.

11  
12 Unter den Bedingungen der Wissensgesellschaft stellt sich auch die  
13 Frage von Teilhabe und Chancengleichheit neu. Optimale Bildungs-  
14 möglichkeiten sind heute die entscheidende Voraussetzung, um Men-  
15 schen gleiche Chancen zu ermöglichen. Dabei wird das Ziel, Schul-  
16 und Berufsabschlüsse zu sichern immer wichtiger. Hinzu kommt die  
17 Garantie von lebenslangen Lernchancen ebenso wie die optimale  
18 Förderung jedes Einzelnen.

19  
20 Bildung ist zugleich eine zentrale Voraussetzung für die Stärkung des  
21 gesellschaftlichen Zusammenhalts. Allgemeines, politisches und  
22 kulturelles Lernen vermittelt den Menschen Grundorientierungen und  
23 Kompetenzen, damit sie den politischen und gesellschaftlichen  
24 Wandel in einer komplexer werdenden Gesellschaft aktiv mitgestalten  
25 können. Erst Bildung versetzt die Menschen jeden Alters in die Lage,  
26 ihr Leben selbst bestimmt führen zu können und ihren Beitrag für ein  
27 gesellschaftliches Miteinander zu leisten.

### 28 29 **Kompetenzen entwickeln, Leistung fördern**

30  
31 Wir wollen für alle Jugendlichen einen Schulabschluss, der sie  
32 befähigt, eine Berufsausbildung oder ein Studium aufzunehmen. Wir  
33 wollen die Abitur- und Fachabiturquote überall im Land auf 50 %  
34 eines Jahrgangs steigern.

35  
36 Deshalb muss sich der Unterricht in den Schulen weiter verändern.  
37 Heterogene Gruppen bieten die Chance, Schülerinnen und Schüler  
38 auch voneinander lernen zu lassen und damit das gegenseitige Ver-  
39 ständnis füreinander sowie die Freude am Lernen, die Motivation und  
40 den Leistungswillen zu steigern.

41  
42 Kompetenzen gehen über Wissen hinaus. Sie berücksichtigen stets  
43 die Anwendung von Wissen in einer konkreten Situation und schlie-  
44 ßen vor allem auch das Können ein.

### 45 46 47 **Sprache ist der Schlüssel zur Integration**

48  
49 Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Zuwanderungsgeschichte  
50 haben nur dann eine faire Chance auf Integration in unsere Gesell-  
51 schaft und in den Arbeitsmarkt, wenn sie die deutsche Sprache  
52 beherrschen. Dies gilt im Übrigen auch für manche deutsche Kinder,  
53 deren Sprachvermögen nicht ausreichend entwickelt ist.

54  
55 Deshalb ist es wichtig, so früh wie möglich Sprachdefizite aufzude-  
56 cken und durch gezielte Förderung in der Kindertagesstätte, in der  
57 Schule und in Weiterbildungseinrichtungen auszugleichen. Im Sinne  
58 eines ganzheitlichen Sprachförderungsansatzes baut die Vermittlung  
59 der deutschen Sprache auf muttersprachliche Kompetenz auf. Also

1 sind integrative, handlungsorientierte Sprachangebote gefragt. Das  
2 kommt Kindern mit Migrationshintergrund ebenso wie allen anderen  
3 Kindern zugute. Das gleiche gilt für gelebte Bi- und Interkulturalität in  
4 den Einrichtungen. Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher  
5 mit Migrationshintergrund können eine wichtige Mittlerfunktion in  
6 der interkulturellen Erziehung einnehmen. Integration ist für uns eine  
7 wichtige Querschnittsaufgabe.

## 10 **Handicaps kompensieren und Defizite ausgleichen**

11  
12 Menschen mit Behinderungen bedürfen besonderer Förderung durch  
13 speziell dazu befähigte Fachkräfte. Der besondere Förderbedarf darf  
14 nicht automatisch in der Regel nicht zu einer Beschulung in beson-  
15 deren Einrichtungen führen.

16  
17 Deshalb müssen wir Kinder und Jugendliche mit Behinderungen im  
18 jeweiligen System ihren Möglichkeiten entsprechend optimal darin  
19 unterstützen, an gesellschaftlichen Entwicklungen teilzuhaben, ein  
20 möglichst selbständiges und selbstbestimmtes Leben zu führen. Dies  
21 schließt die Vorbereitung auf die Teilhabe am Erwerbsleben ein. Alle  
22 Bildungseinrichtungen müssen auf ein barrierefreies Lernen  
23 hinwirken.

24  
25 ~~Die Förderung von Kindern und Jugendlichen, die von einer Behinde-~~  
26 ~~rung betroffen oder in ihrer schulischen Entwicklung gefährdet sind,~~  
27 ~~ist grundsätzlich Aufgabe aller Schulen. Das heißt: Jede Schule ent-~~  
28 ~~wickelt ein besonderes Unterrichtsangebot für Kinder und Jugend-~~  
29 ~~liche mit Behinderungen und für die, die ohne besondere Förderung~~  
30 ~~von Behinderung betroffen sein können. Die Förderung von Kindern~~  
31 ~~und Jugendlichen, die von einer Behinderung betroffen oder in ihrer~~  
32 ~~Entwicklung gefährdet sind, ist grundsätzlich Aufgabe aller Bildungs-~~  
33 ~~einrichtungen. Das heißt: Jede Bildungseinrichtung entwickelt ein~~  
34 ~~besonderes Angebot für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen~~  
35 ~~und für die, die ohne besondere Förderung von Behinderung betref-~~  
36 ~~fen sein können.~~ Erst wenn dies nicht ausreicht – wenn Kinder und  
37 Jugendliche zu ihrer Entwicklung auf besondere Lernbedingungen  
38 angewiesen sind, die allgemeine Schulen – Bildungseinrichtungen  
39 nicht einrichten können, werden sie in sonderpädagogischen Förder-  
40 zentren unterrichtet. Ziel ist es dabei, die Kinder so zu fördern, dass  
41 sie möglichst bald in das Regelsystem zurückkehren können.

42  
43 Sonderpädagogische Förderzentren entwickeln besondere Lern- und  
44 Unterrichtskonzepte für die entsprechenden Förderbedarfe. Sie berate  
45 Schulen und Kindertagesstätten und koordinieren das Angebot an  
46 Frühförderung. Sie arbeiten personell und fachlich eng mit den allge-  
47 meinen Schulen zusammen.

## 50 **Bildung bekämpft Arbeitslosigkeit und ist Voraussetzung für** 51 **Wirtschaftswachstum**

52  
53 Bildung ist unerlässlich für die Orientierung und Behauptung in unse-  
54 rer immer komplexer werdenden globalisierten Welt. Das gilt für den  
55 einzelnen Menschen, das gilt gleichermaßen für unser Gemeinwe-  
56 sen. Nur mit vielen hervorragend ausgebildeten und motivierten Men-  
57 schen können wir unsere weltweit exzellente Stellung in Wissen-  
58 schaft, Forschung und Entwicklung, Wirtschaft und Kultur erhalten  
59 und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

1 Deshalb müssen mehr und nicht – wie derzeit – weniger Jugendliche  
2 zum Hochschulstudium befähigt und zur Aufnahme eines Studiums  
3 motiviert werden.  
4

## 6 **Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe**

7  
8 Bildung ist die Herausforderung für die ganze Gesellschaft, weil  
9 sie nicht nur in Bildungsinstitutionen stattfindet. Eltern, Arbeitgeber,  
10 die Medien, nicht zuletzt die Vorbildfunktion jedes und jeder  
11 Einzelnen tragen maßgeblich zur Bildung bei.  
12

13 Deshalb dürfen Familien und Schulen mit ihrer Verantwortung für  
14 die Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen nicht  
15 allein gelassen werden.  
16

17 Deshalb brauchen wir auch eine gesellschaftspolitische Bewegung,  
18 die der Bildung die herausragende Position einräumt und den Eltern,  
19 Erzieherinnen und Erziehern sowie den Lehrerinnen und Lehrern  
20 und allen, die mit Bildung und Erziehung beschäftigt sind, die ihnen  
21 zustehende Wertschätzung und Anerkennung entgegen bringt.  
22  
23

## 25 **Lebenslanges Lernen – Aufstieg durch Bildung**

26  
27 Die Wissensgesellschaft bringt für die Menschen neue Anforderungen mit sich: im persönlichen Bereich, im Zusammenleben mit anderen, aber auch in Hinblick auf berufliche Veränderungen.  
28  
29 Lebenslanges Lernen zahlt sich deshalb für jeden Einzelnen aus – sowohl materiell wie auch immateriell.  
30  
31  
32

33 Lebenslanges Lernen ist eine notwendige Voraussetzung nicht nur für Chancengleichheit und individuelle Teilhabe, sondern zugleich auch für die Innovationsfähigkeit und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft insgesamt.  
34  
35  
36  
37

38 Die Ausrichtung auf Weiterbildung und lebenslanges Lernen muss als ein Kernelement jeder Zukunftspolitik vorangetrieben werden.  
39  
40 Wir brauchen eine Weiterbildung mit System.  
41

## 42 **Staatliche Gewährleistungsgarantie für Bildung**

43  
44 Die Ausrichtung auf Weiterbildung und lebenslanges Lernen muss  
45 als ein Kernelement jeder Zukunftspolitik vorangetrieben werden.  
46 Wir brauchen eine Weiterbildung mit System. Bildung ist ein  
47 öffentliches Gut, das vom Staat überall im Land in gleich guter  
48 Qualität zu gewährleisten ist. Das Land bildet mit den jeweiligen  
49 Bildungsträgern (Kommunen, Hochschulen, Kirchen, Kinder- und  
50 Jugendverbänden, Wohlfahrtsverbänden, Elterninitiativen usw.)  
51 eine Verantwortungsgemeinschaft für die Bildung.  
52

53 Deshalb hat das Land in ausreichendem Umfang Ressourcen für  
54 die Bildungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen und durch Vorgaben  
55 von Strukturen und Zielen sowie einem effektiven Controlling gleiche  
56 Bildungserfolge überall im Land zu ermöglichen. Die Rolle der  
57 Kommunen als bildungspolitische Akteure vor Ort werden wir stärken  
58 und ihnen den Spielraum geben, bildungspolitische Aktivitäten zu  
59 vernetzen.

**Ä 2, Dortmund, Pkt. 7**  
**Annahme**

## 1 Kindertageseinrichtungen:

### 2 Wir wollen die frühkindliche Bildung stärken

3  
4 Bildung beginnt mit der Geburt. Zahlreiche Studien belegen, dass  
5 frühkindliche individuelle Förderung – auch weit vor dem dritten  
6 Lebensjahr – ausschlaggebend für den späteren Bildungserfolg ist.  
7 Deshalb muss der frühen Lebensphase weit mehr Bedeutung beige-  
8 messen werden als bisher. Um Chancengleichheit zu erreichen,  
9 muss jedes Kind unabhängig von seiner sozialen Herkunft so früh wie  
10 möglich individuell gefördert werden. Dabei darf die Lebensphase der  
11 frühen Kindheit nicht als Vorbereitungszeit für die Schule missver-  
12 standen werden, sondern muss vielmehr als eigene Phase außeror-  
13 dentlicher Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten wahrgenommen  
14 werden. Frühkindliche Bildung muss die Entwicklung von Kompeten-  
15 zen fördern und die Basis dafür schaffen, die Potenziale aller Kinder  
16 zu entfalten. Jede Phase im frühkindlichen Bildungsprozess umfasst  
17 stets den Dreiklang der frühkindlichen Förderung – Bildung, Erzie-  
18 hung und Betreuung.

19  
20 Die Kindertageseinrichtungen sind der erste Prüfstein für Chancen-  
21 gleichheit und individuelle Förderung auf dem Bildungsweg. Die Ent-  
22 wicklung eines gemeinsamen, dem Alter entsprechenden Bildungs-  
23 verständnisses aller Beteiligten (Eltern, Kindertageseinrichtungen,  
24 Tagespflege, Kinder- und Jugendhilfe und Schule), das das Kind in  
25 den Mittelpunkt stellt, sowie die Verständigung über verbindliche  
26 Bildungsziele bleiben weiterhin unsere wesentlichen Ziele.

### 29 Für jedes Kind ein Bildungsförderplan

30  
31 Der Respekt vor der Einzigartigkeit jedes einzelnen Kindes muss die  
32 Grundlage der pädagogischen Arbeit in den Kindertageseinrichtun-  
33 gen bilden. Die in NRW umgesetzte Bildungsvereinbarung und der  
34 Einstieg in die individuelle Bildungsdokumentation stellen erste rich-  
35 tige und wichtige Schritte auf diesem Weg dar. Unser Ziel ist es,  
36 bereits in der Kindertagesstätte für jedes Kind einen Bildungsförder-  
37 plan zu erstellen, der die Persönlichkeit des Kindes berücksichtigt  
38 und die erzieherischen Zielsetzungen sowie die pädagogische  
39 Konzeption der Einrichtung zusammenfasst. Der Bildungsförderplan  
40 in der Kindertageseinrichtung soll in enger Zusammenarbeit zwischen  
41 den Eltern und den Erzieher/innen erstellt werden. Er soll den Er-  
42 zieher/innen, Eltern und Lehrern wichtige Informationen über die Ent-  
43 wicklungsschritte des Kindes auf seinem individuellen Bildungsweg  
44 geben. Der Bildungsförderplan wird in der Grundschule in Zusam-  
45 menarbeit mit den Eltern fortgeführt. Die Bildungsdokumentation soll  
46 den Lehrerinnen und Lehrern wichtige Hinweise über die Entwick-  
47 lungsschritte des Kindes auf seinem individuellen Bildungsweg ge-  
48 ben. Damit wird eine bessere Kooperation und Vernetzung zwischen  
49 Kindertagesstätte und Grundschule ermöglicht, und „Brüche“ beim  
50 Übergang werden vermieden. Er soll sowohl in der Kindertagesein-  
51 richtung als auch an der Grundschule evaluiert werden.

### 54 Bedarfsgerechter Aufbau von Eltern-Kind-Zentren

55  
56 Wir werden die Kindertagesstätten bedarfsgerecht zu Eltern-Kind-  
57 Zentren weiterentwickeln. Dabei halten wir eine sozialräumliche Ver-  
58 netzung der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, der Erziehungs-  
59 beratung, der Familienhilfe und Familienbildung sowie der Gesund-

1 heitsvorsorge, hier vor allem der Kinderärzte, mit verbindlicher Zuwei-  
2 sung von Verantwortung für erforderlich. Erst eine ganzheitlich ver-  
3 standene, konzipierte und organisierte kinder- und familienpolitische  
4 Infrastruktur ermöglicht einen wirklich erfolgreichen Gesamtprozess  
5 der Förderung, Beratung und Hilfe für Kinder und Familien.  
6  
7

### 8 **Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz**

9

10 Angesichts der großen Bedeutung der frühen Förderung setzen wir  
11 uns dafür ein, dass möglichst alle Kinder möglichst lange die Kinder-  
12 tagesstätte besuchen. Größter Handlungsbedarf besteht zweifels-  
13 ohne beim Ausbau von Betreuungsplätzen für die Unter-Dreijährigen.  
14 Wir fordern den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz nach  
15 dem ersten Lebensjahr. Für den bedarfsgerechten Ausbau von Ganz-  
16 tagsplätzen in Kindertagesstätten werden wir uns konsequent einset-  
17 zen. Weil nach unserem Verständnis die Kindertagesstätte zum Bil-  
18 dungssystem gehört, werden wir sie schrittweise beitragsfrei stellen  
19 und dafür sorgen, dass das letzte Kindergartenjahr verpflichtend wird.  
20

21 Ein ganzheitlicher Ansatz frühkindlicher Pädagogik kann nur dann  
22 erfolgreich sein, wenn die Eltern in den Bildungsprozess als wichtige  
23 Partner einbezogen werden. Deshalb ist die Stärkung der Zusam-  
24 menarbeit mit den Eltern unerlässlicher Bestandteil in der Neuaus-  
25 richtung der Arbeit in den Einrichtungen. Dazu gehören nicht nur die  
26 Abstimmung der Bildungs- und Erziehungsziele mit den Eltern unter  
27 Berücksichtigung der Betreuungsnotwendigkeiten (wie Öffnungs-  
28 zeiten o.ä.), sondern gerade auch gezielte Angebote der Familien-  
29 und Erwachsenenbildung, um Eltern in ihrer Erziehungsarbeit und -  
30 verantwortung zu unterstützen und zu stärken.  
31

### 32 **Die Qualifikation der Beschäftigten weiter steigern**

33

34 Die Qualifikation des pädagogischen Personals stellt eine Schlüssel-  
35 funktion in der Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen dar  
36 und ist Grundlage für die Umsetzung der Bildungsarbeit. Die gestie-  
37 genen Anforderungen an die Elementarbildung erfordern deshalb  
38 auch eine Neuausrichtung der Ausbildung des pädagogischen Per-  
39 sonals, wobei aus unserer Sicht nicht alle Fachkräfte eine Fachhoch-  
40 oder Hochschulbildung haben müssen. Vielmehr ist ein Mix von  
41 unterschiedlichen Professionen und Qualifikationen anzustreben, um  
42 die differenzierten Erfordernisse der Elementarförderung abdecken  
43 zu können. Die vorhandenen Fachschulen sind in diesen Prozess der  
44 Neuausrichtung einzubeziehen. Für die heute in den Einrichtungen  
45 rund 75.000 tätigen Fachkräfte muss ein qualitätsvolles Fort- und  
46 Weiterbildungsangebot geschaffen werden.  
47

48  
49 Der Wettbewerb um qualifizierte Berufsanfänger wird sich zudem im  
50 Zuge der sinkenden Zahl von Schulabgängerinnen und Schulabgän-  
51 gern schon in nächster Zukunft beschleunigen. Nur eine qualifizierte  
52 Ausbildung, ein anspruchsvolles Berufsbild und entsprechende Kar-  
53 rierperspektiven gewährleisten, dass weiterhin gutes Fachpersonal  
54 in der Elementarbildung zur Verfügung steht. Zu einer zukunftswei-  
55 sendenden Personalplanung gehört es auch, deutlich mehr Männer für  
56 den Erzieherberuf zu gewinnen. Wir werden darüber hinaus gezielt  
57 daran arbeiten, dass in den Kindertageseinrichtungen Menschen  
58 unterschiedlicher Kulturen und Nationalitäten tätig sind.  
59

## 1 **Bessere Rahmenbedingungen schaffen**

2  
3 Die Qualität der Arbeit und die Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen stehen in engem Zusammenhang mit den Rahmenbedingungen und der Finanzausstattung. Unsere Kindertageseinrichtungen  
4  
5  
6 müssen Investitionsbanken für das Gelingen erfolgreicher Bildungsverläufe werden. Vor dem Hintergrund der herausragenden Bedeutung der frühen Förderung von Kindern werden wir die Finanzausstattung der Kindertageseinrichtungen deutlich verbessern.  
7  
8  
9

## 10 11 12 13 **Grundschule:** 14 **Vorbild für erfolgreiches gemeinsames Lernen**

15  
16 Internationale Vergleichsstudien belegen: Unsere Grundschulen leisten qualitativ hochwertige Arbeit. Sie fördern mit ihren innovativen  
17  
18 Ansätzen Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlichen Lernvoraussetzungen optimal.  
19

20  
21 Unsere Grundschulen sind auf einem guten Weg. Wir müssen aber dafür sorgen, dass sie auch die notwendigen Ressourcen erhalten,  
22  
23 die für die Arbeit mit heterogenen Lerngruppen erforderlich ist. Insbesondere brauchen unsere Grundschulen eine Schulleitung mit  
24  
25 ausreichender Zeit für das komplexe Schulmanagement und für die Kooperation mit Eltern, Kindertageseinrichtungen, Kommune und  
26  
27 weiteren außerschulischen Partnern. Wir wollen das Erfolgsmodell Grundschule fortentwickeln.  
28

## 29 30 31 **Optimalen Schulstart ermöglichen**

32  
33 Die Entwicklungsprozesse von Kindern verlaufen sehr unterschiedlich. Um jedem Kind einen guten Start in das Schulleben zu ermöglichen,  
34  
35 muss die Zusammenarbeit zwischen den Kindertageseinrichtungen und den Grundschulen ausgebaut und institutionalisiert  
36  
37 werden. Dafür brauchen diese Einrichtungen die entsprechenden personellen, räumlichen und zeitlichen Rahmenbedingungen.  
38

39  
40 ~~Das Einschulungsalter muss sich individuell am Entwicklungsprozess des Kindes orientieren und darf nicht an einen Stichtag geknüpft werden – vielmehr sollen Kinder ab fünf Jahren in die Grundschule wechseln können.~~  
41  
42  
43

44  
45 Um den Übergang auch personell zu begleiten, wollen wir einen Austausch zwischen Erzieherinnen und Erziehern und Lehrerinnen und Lehrern ermöglichen. Durch Kooperation als auch personellen Austausch wollen wir die **Nahtstelle** zwischen den Institutionen der frühkindlichen und der schulischen Bildung **verknüpfen.**  
46  
47  
48  
49

50  
51 Der beste Schulstart gelingt in einer flexiblen Schuleingangsphase, die zwei Schuljahre umfasst. Die Kinder können diese Phase – je nach persönlicher Entwicklung und Leistungsvermögen – in ein, zwei  
52  
53 oder drei Jahren durchlaufen.  
54  
55  
56



## 1 Offene Ganztagsgrundschule – Dreiklang von Bildung, 2 Erziehung und Betreuung

3  
4 Mit der erfolgreichen Einführung der Offenen Ganztagsgrundschule  
5 ist ein wesentlicher Schritt zur Vereinbarung von Familie und Beruf  
6 getan. Dabei steht im Mittelpunkt, dass jedes Kind mehr Zeit für  
7 Bildung, Erziehung und Betreuung erhält, um so optimal individuell  
8 gefördert zu werden. Dementsprechend brauchen wir die Rhythmisie-  
9 rung von Unterricht und außerunterrichtlichen Angeboten.

10  
11 Alle Grundschulen sollen zu Häusern des Lernens werden, in denen  
12 sich Kinder wohlfühlen. Dazu gehören eine anregungsreiche Lernat-  
13 mosphäre, Raum und Zeit für Bewegung und eine gesunde Ernäh-  
14 rung. Wir wollen, dass kein Kind in den Bildungseinrichtungen aus  
15 finanziellen Gründen vom gemeinsamen Mittagessen und anderen  
16 schulischen Aktivitäten ausgeschlossen wird.

## 17 18 19 20 **Schule mit Zukunft:** 21 **Wir wollen das Schulsystem reformieren**

22  
23 Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Integration, eine hohe  
24 Bildungsbeteiligung und die Ausschöpfung aller Begabungsreserven  
25 Bildungsreserven sind unsere obersten bildungspolitischen Ziele. Mit  
26 dem gegenwärtigen Bildungssystem lassen sie sich allerdings nicht  
27 verwirklichen.

## 28 29 30 **Das gegliederte Schulsystem mit seiner frühen Auslese** 31 **ist nicht zukunftsfähig**

32  
33 Internationale Bildungsstudien bescheinigen dem gegliederten deut-  
34 schen Schulsystem: Die viel zu frühe Auslese von Schülerinnen und  
35 Schülern sowie die mangelnde Durchlässigkeit zwischen den Schul-  
36 formen führen in hohem Maße zu Benachteiligungen. Der Zusam-  
37 menhang von gegliedertem Schulsystem und sozialer Ungerechtig-  
38 keit ist offensichtlich. Kinder und Jugendliche mit gleichen Begabun-  
39 gen Fähigkeiten, gleichen Leistungen und gleicher sozialer Herkunft  
40 erhalten je nach Schulform unterschiedlich gute Entwicklungschan-  
41 cen.

42  
43 Die Wissensgesellschaft von heute stellt uns vor neue Herausforde-  
44 rungen. Ihnen können wir nicht mit den Antworten von gestern begegnen:  
45 Das bestehende gegliederte Schulsystem wird den Anforderungen  
46 der modernen demokratischen Wissensgesellschaft nicht ~~mehr~~  
47 gerecht.

48  
49 Internationale Vergleiche zeigen, dass das deutsche Bildungssystem  
50 bei den Schülerleistungen sowohl in der Spitze als auch in der Breite  
51 lediglich durchschnittliche Ergebnisse im Vergleich der Industrienati-  
52 onen erreicht. Unser Bildungssystem muss qualifizierte Bildung in der  
53 Breite mit Bildung in der Spitze verknüpfen. Und es muss in der Lage  
54 sein, Menschen mit unterschiedlichen Voraussetzungen entspre-  
55 chend ihrer spezifischen Fähigkeiten, Neigungen, Kompetenzen und  
56 Erfahrungen auszubilden.

57  
58

## 1 Die Wissensgesellschaft erfordert den Wandel

2  
3 Die Qualifikationsanforderungen der Wissensgesellschaft erfordern  
4 neben der Qualitätsentwicklung jeder einzelnen Schule auch ein ver-  
5 ändertes Bildungssystem. Die bei PISA erfolgreichen Staaten ma-  
6 chen es uns vor. Sie verzichten durchgängig auf die in Deutschland  
7 übliche frühe Auslese und setzen auf eine deutlich längere gemein-  
8 same Lernzeit. Das halten auch wir für die richtige Antwort auf die  
9 Herausforderungen einer modernen Wissensgesellschaft.

10  
11 Nordrhein-Westfalen braucht seine Kinder, seine Talente - und zwar  
12 alle! Das mehrgliedrige Schulsystem jedoch verschwendet Talente.  
13 Zu viele Schülerinnen und Schüler werden aus höheren Schulen  
14 abgeschult, zu viele bleiben sitzen oder verlassen die Schule ohne  
15 Abschluss. Und noch immer ist die Abiturquote zu gering. Aber: Die  
16 Zukunft wird aus Wissen gemacht.

## 17 18 19 Sinkende Schülerzahlen zwingen zum Handeln

20  
21 Bedingt durch die ~~demografische Entwicklung~~ rückläufigen Geburten-  
22 zahlen werden im nächsten Vierteljahrhundert weitaus weniger  
23 Kinder in die Schule kommen als in früheren Jahren. Die Städte und  
24 Gemeinden müssen auf diese Entwicklung reagieren können, um  
25 eine Verödung der Schullandschaft zu verhindern. Das Land ist in der  
26 Pflicht, dafür entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen.

27  
28 Verschärfend kommt hinzu, dass eine Schulform unter besonderem  
29 Druck steht: Die Hauptschule. Sie ist nicht nur von zurückgehenden  
30 Schülerzahlen betroffen - sie leidet auch unter einer erschreckend  
31 niedrigen Akzeptanz. Insbesondere dort, wo eine Hauptschule die  
32 einzige weiterführende Schule am Ort ist, ist perspektivisch die schu-  
33 lische Versorgung ernsthaft bedroht. Trotz guter Arbeit der Kollegien  
34 und zusätzlicher Ressourcen ist die Hauptschule durch ihre Stellung  
35 im Schulsystem und die damit verbundenen Auswirkungen kaum in  
36 der Lage, den Schülerinnen und Schülern Anreize und berufliche  
37 Perspektiven zu bieten.

## 38 39 40 Die Befürworter für einen Wandel werden immer mehr

41  
42 Zahlreiche Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Schulen,  
43 der Wirtschaft, den Gewerkschaften, der Städte und Gemeinden  
44 bestätigen unsere Positionen:

- 45  
46 • Wir wollen in Nordrhein-Westfalen längere gemeinsame Lernzei-  
47 ten mit individueller Förderung jedes einzelnen Kindes, um unser  
48 Schulsystem zukunftsfähig und gerecht zu gestalten. Das beste-  
49 hende Schulsystem kann das nicht bieten.
- 50  
51 • Wir setzen auf ein System, das die Übergänge zwischen den  
52 Bildungseinrichtungen flexibel und individuell gestaltet.
- 53  
54 • Wir wollen ein wohnortnahes Schulangebot sichern und es den  
55 Städten und Gemeinden ermöglichen, flexibel auf die demogra-  
56 fische Entwicklung zu reagieren.

57  
58 Bei der Reform des Bildungssystems darf es nicht mehr um das „Ob“,  
59 sondern es muss um das „Wie“ einer Verlängerung der gemeinsamen

1 Lernzeit in der Sekundarstufe I gehen, um anschließend den Weg in  
2 die gymnasiale Oberstufe bzw. auf das Berufskolleg oder in die  
3 berufliche ~~Qualifizierung~~ Ausbildung zu eröffnen.

4  
5 Deshalb streben wir in der ~~langfristigen~~ Perspektive ein vollständig  
6 integratives System an, das bis zum ersten qualifizierenden  
7 Abschluss am Ende der Sekundarstufe I führt.

8  
9  
10  
11  
12  
13  
14 Eine solche Reform der Schulstruktur setzt allerdings einen möglichst  
15 breiten bildungspolitischen Konsens in der Gesellschaft voraus. Auch  
16 wenn sich schon heute viele Menschen zu solch einer Reform bekennen,  
17 muss weiterhin für sie geworben werden.

18  
19 ~~Hinzu kommt: Die nordrhein-westfälische Landesverfassung lässt die~~  
20 ~~Einführung eines vollständig integrativen Schulsystems bis zum Ende~~  
21 ~~der Sekundarstufe I nicht zu, da sie die Hauptschule als Pflichtange-~~  
22 ~~bot garantiert.~~

### 29 **Der richtige Weg: Die Gemeinschaftsschule**

30  
31 Wir wollen die Menschen auf dem Reformweg mitnehmen. Darum  
32 setzen wir auf die Gemeinschaftsschule, die folgenden Prinzipien  
33 folgt:

- 34  
35 • Die Gemeinschaftsschule nimmt die Kinder nach der Grundschule  
36 auf und ist bis zur Klasse 10 für deren Bildungserfolg verantwort-  
37 lich. Am Ende der Klasse 10 können alle Schulabschlüsse der  
38 Sekundarstufe I erreicht werden.
- 39  
40 • In den Klassen 5 und 6 findet für alle Kinder ein gemeinsamer  
41 Unterricht statt.
- 42  
43 • Ab Klasse 7 ~~oder später wird kann~~ nach gemeinsamer Entschei-  
44 dung der Schule, der Schulträger und der Eltern entweder bei-  
45 spielsweise ein vollständig integrierter Unterricht weitergeführt an-  
46 geboten werden oder eine Differenzierung beispielweise in Haupt-  
47 schul-, Realschul- und Gymnasialklassen vorgenommen erfolgen.
- 48  
49 • Die Gemeinschaftsschule hat eine gemeinsame Schulleitung und  
50 ein gemeinsames Kollegium.

### 53 **Die Gemeinschaftsschule ist mehr als eine neue Schulform**

54  
55 Wir wissen: Dies ist nicht nur eine bloße Reform der Schulstruktur,  
56 die für sich genommen noch kein besseres und gerechteres Lernen  
57 verheißt, sondern erforderlich ist auch eine Reform des Unterrichts  
58 und seiner Rahmenbedingungen die bestmögliche individuelle  
59 Förderung und gemeinsames Lernen aller Kinder, unabhängig von

1 nationaler, ethnischer und sozialer Herkunft ermöglicht. Allein die  
2 Einführung eines neuen Schulsystems bedeutet nicht gleichzeitig  
3 besseren Unterricht. Die Gemeinschaftsschule wird jedes einzelne  
4 Kind fördern, ohne andere zu vernachlässigen. Sie rückt die  
5 individuelle Förderung in den Mittelpunkt und lässt kein Kind zurück.  
6 Jede Schülerin und jeder Schüler erhält einen individuellen Lern- und  
7 Förderplan. Die Gemeinschaftsschule garantiert die kontinuierliche  
8 Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen. Es gibt kein  
9 „Abschulen“ mehr und Klassenwiederholungen werden unnötig.

10  
11 Im Sinne von Fördern und Fordern stellt die Gemeinschaftsschule  
12 hohe Ansprüche an Schülerinnen und Schülern. Es ist nicht kind-  
13 gerecht, von Kindern keine Leistungen zu erwarten. Gerech ist, von  
14 allen die höchste beste Leistung zu verlangen, die sie imstande sind  
15 zu erbringen. Dazu gehört allerdings, von Anfang an die Unterschied-  
16 lichkeit der Kinder anzuerkennen. Dementsprechend werden Schüle-  
17 rinnen und Schüler entsprechend ihren Stärken bzw. Schwächen  
18 gefördert, unterstützt und begleitet. Für den gemeinsamen Unterricht  
19 in den Jahrgangsstufen 5 und 6 werden hohe Leistungsstandards  
20 zugrunde gelegt, die allen Kindern den Weg zum Abitur offen halten  
21 sollen.

22  
23 Die Gemeinschaftsschule ist anschlussfähig und bereitet auf die  
24 Bildungsgänge der gymnasialen Oberstufe und der beruflichen  
25 Oberstufe vor. Wir gewährleisten, dass über die allgemeinbildende  
26 und die berufliche Bildung der Hochschulzugang ermöglicht wird.

27  
28 Die Gemeinschaftsschule steht für eine neue Lernkultur, für guten  
29 Unterricht. „Kinder unterrichten“ statt „Fächer unterrichten“ rückt hier  
30 in den Mittelpunkt. Um einen optimalen Start in die Gemeinschafts-  
31 schule zu ermöglichen, sollen die Ressourcen umgeschichtet werden,  
32 so dass in der 5. und 6. Klasse kleinere Gruppen gefördert werden  
33 können.

### 34 35 36 **Die Gemeinschaftsschule setzt auf Schlüsselkompetenzen**

37  
38 Kinder und Jugendliche werden im Alltag mit vielfältigen Herausforde-  
39 rungen konfrontiert. Entsprechend müssen sie über die Schlüssel-  
40 kompetenzen verfügen, mit denen sie darauf antworten können. Die  
41 Orientierung an Kompetenzen verengt nicht das Lernen, sondern  
42 strukturiert es und greift übergreifende Bildungsziele auf. Die Ge-  
43 meinschaftsschule orientiert sich in Anlehnung an die OECD-Vorga-  
44 ben an den Kompetenzen, die für eine erfolgreiche individuelle  
45 Lebensgestaltung und eine funktionsfähige, demokratische Gesell-  
46 schaft notwendig sind. Dies sind die Kompetenzen selbstständig  
47 handeln zu können, mit den Instrumenten der Kommunikation und  
48 des Wissens souverän umzugehen sowie in (sozial) heterogenen  
49 Gruppen erfolgreich handeln zu können.

50  
51 In der Gemeinschaftsschule steht im Mittelpunkt der Erwerb von  
52 Lernkompetenz, die den Schlüssel für das lebenslange Lernen  
53 darstellt. Fächerlernen spielt dabei immer noch eine wichtige Rolle,  
54 aber es wird um Formen des überfachlichen Unterrichts ergänzt und  
55 erweitert. Neben die Unterrichtsfächer treten Lernbereiche wie  
56 soziales Lernen, internationale Aspekte, Sprachen, Umweltaspekte,  
57 Arbeit und Wirtschaft, Demokratie usw., die das Lernen um problem-  
58 und alltagsbezogene Aspekte bereichern. Dabei stellt der Umgang  
59 mit unterschiedlichen Medien eine besondere Herausforderung dar.

## 1 **Die Gemeinschaftsschule fördert ein neues Rollenverständnis** 2 **der Lehrerinnen und Lehrer**

3  
4 Eine neue Lernkultur in neuen Lernformen setzt auch auf eine veränderte Rolle des Lehrers und der Lehrerin. Dabei wird die Gemeinschaftsschule auf den vorhandenen Erfolgen und Innovationen der Arbeit der Kollegien aufsetzen, die allzu oft durch Reglementierungen und Terminhetze im Alltag nicht ausreichend zur Geltung kommen.  
8 Lehrerinnen und Lehrer werden in Zukunft stärker die Gestalter und Anleiter von Lernarrangements, in denen die Schülerinnen und Schüler ihre Lernerfahrungen machen. Dabei ist es wichtig, dass den Kollegien und den zentralen Fortbildungseinrichtungen ausreichende Mittel für die Gestaltung der Lehrer/innenfortbildung zur Verfügung stehen.  
14

## 17 **Die Gemeinschaftsschule bricht starre Strukturen auf** 18 **und setzt auf Flexibilität**

19  
20 Die Gemeinschaftsschule setzt auf eine neue Organisation und Gestaltung des Unterrichts, auf differenzierte Lernangebote sowie die Anwendung neuer Lehr- und Lernformen. So verstandenes Lernen sprengt den Rahmen einer Schule im 45-Minutentakt und die Aufteilung des traditionellen Fächerkanons. Lernen in Projekten und fächerübergreifendes Lernen erfordern flexiblere Organisationsformen. Jahrgangsübergreifender Unterricht wird als pädagogisches Instrument gefördert.  
27

28  
29 Durch eine Parallelisierung der Stundentafel und einer Abstimmung der Unterrichtsinhalte wird die Teilnahme einzelner Schülerinnen und Schüler an anderen Leistungsstufen ermöglicht. Ziel ist die konsequente Berücksichtigung unterschiedlicher Lernvoraussetzungen, wie beispielsweise Begabungen oder Lernumgebungen im Elternhaus, eine stärkere Beteiligung der Schülerinnen und Schüler und ihrer Eltern am Lernprozess, die Förderung eines gemeinsamen und gegenseitig unterstützenden Lernens in Gruppen.  
36

## 39 **Die Gemeinschaftsschule ist eine Ganztagschule**

40  
41 Unterricht, Zeit für Hausaufgaben, Kreativ-Angebote, Sport und Entspannung werden in der Gemeinschaftsschule über den ganzen Tag verteilt. Sie arbeitet mit unterschiedlichen Professionen (Sozialarbeiter, Psychologen, Honorarkräfte etc.) und vernetzt sich mit ihrem außerschulischen Umfeld.  
45

## 48 **Die Gemeinschaftsschule ist eine selbstständige Schule**

49  
50 Die Gemeinschaftsschule trägt mehr Verantwortung und hat weit reichende Gestaltungsoptionen in der Unterrichts-, Personal- und Organisationsentwicklung. Die Gemeinschaftsschule ist finanziell und personell eigenständig. ~~Der einzelnen Schule~~ werden die Ressourcen entsprechend der sozialen Ausgangslage nach dem Prinzip „Ungleiches ungleich behandeln“ ~~in den Schulen~~ zugewiesen, um so ~~besse-~~ ren Unterricht zu erteilen Ergebnisse zu erzielen. Dabei ist klar: Der Staat bleibt in der Verantwortung. Er setzt Ziele sowie Bildungsstandards und überprüft, ob und inwiefern diese erreicht werden.  
58  
59

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54

## **Der Weg zur Gemeinschaftsschule**

Wir werden ~~wollen~~ die Gemeinschaftsschule mit ihren variablen Möglichkeiten flächendeckend und verbindlich einführen, weil wir unsere Schulstruktur reformieren und eine Antwort auf die demografische Entwicklung geben müssen. Dementsprechend muss der Landesgesetzgeber beschließen, in welchem Zeitrahmen die Schulen der Sekundarstufe I in Gemeinschaftsschulen umzuwandeln sind.

Bei der Einführung der Gemeinschaftsschule setzen wir auf pragmatische, orts- und stadtteilgenaue Lösungen. Dementsprechend müssen die Schulen, die Schulträger und die Eltern gemeinsam die Entscheidung über die innere Organisation der einzelnen Gemeinschaftsschule treffen können. Sie erhalten die rechtlichen Möglichkeiten und die notwendige Unterstützung, um nach ihren jeweils unterschiedlichen Ausgangsbedingungen flexible Lösungen unter Einschluss integrativer Modelle – die wir besonders fördern wollen – zu entwickeln. Nur so kann vor Ort ein breites und wohnortnahes Schulangebot in der Sekundarstufe I erhalten und zeitgleich die Schulstruktur ~~schnittweise~~ verändert werden. Gesamtschulen werden als Gemeinschaftsschulen in integrierter Form weitergeführt.

## **Oberstufenzentren ermöglichen**

In unsere Reformüberlegungen beziehen wir auch die Bildungsphase nach der Sekundarstufe I ein.

Schon heute setzen deutlich zurückgehende Schülerzahlen Gymnasien und Gesamtschulen unter Druck. Die Aufrechterhaltung einer eigenen Oberstufe ist nur noch auf Kosten eines reduzierten Kursangebotes möglich. Vor diesem Hintergrund ist eine stärkere Verknüpfung bzw. Kooperation mehrerer Oberstufen unausweichlich und macht (auch aus Sicht der Kommunen) ökonomisch Sinn.

Deshalb werden wir die Bildung von Oberstufenzentren ermöglichen bzw. forcieren. Hierzu werden wir für die Sekundarstufe I kleinere Jahrgangsbreiten ermöglichen und in der Sekundarstufe II stärkere Jahrgangsbreiten vorschreiben. Nur so wird es gelingen, in der Oberstufe auch weiterhin ein ausdifferenziertes Angebot sicherzustellen und gleichzeitig vor dem Hintergrund rückläufiger Schülerzahlen in der Sekundarstufe I ein wohnortnahes umfassendes Bildungsangebot zu erhalten. Zugleich werden wir die Oberstufe zwei- und dreijährig ausgestalten.

Den Schülerinnen und Schülern steht so der Weg zum Abitur nach 12 Jahren ebenso offen wie auch – wenn notwendig – nach 13 Jahren. Auf diesem Weg wird es gelingen, möglichst viele Schülerinnen und Schüler zum Abitur und zum Berufs- und Studieneinstieg zu führen.

**Bildungsganztag:****Wir wollen die Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungszeit für alle Kinder ausbauen**

Ganzheitliche Bildungsprozesse wollen wir künftig stärker an unseren Schulen verankern. Hierzu werden wir das Programm der Offenen Ganztagsgrundschule auf alle weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I ausdehnen. Mit einer schrittweise zu verbessernden Finanzierung durch das Land wollen wir die Voraussetzung für eine höhere Qualität und Verlässlichkeit der außerunterrichtlichen Angebote schaffen.

Eine kind- und jugendgerechte Rhythmisierung von fachlichem Unterricht mit Erholungs- und Bewegungsphasen und eine optimale individuelle Förderung setzen einen Ganztag für alle Schülerinnen und Schüler einer Schule voraus. Wir schaffen deshalb die Voraussetzungen dafür, dass Schulen, Schulträger und Jugendämter im Rahmen einer verzahnten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung in einem abgestimmten sozialräumlichen Konzept Ganztagsschulen ausbauen können.

**Unser Ziel: Der flächendeckende Ausbau von Ganztagsschulen**

Wir werden die Schulträger mit einem mehrjährigen Landesinvestitionsprogramm unterstützen, um die räumlichen Voraussetzungen für den Ganztag zu schaffen. Im Rahmen dieses Programms sollen für die Lehrerinnen und Lehrer ein die Kreativität und Kooperation förderndes Arbeitsumfeld bzw. entsprechende Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Durch längere Anwesenheit der Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen wird die Voraussetzung für eine verbesserte Koordination aller Angebote und die individuelle Unterstützung der Schülerinnen und Schüler geschaffen.

Wir werden die positiven Erfahrungen aus der Arbeit mit den Partnern aus Jugendhilfe, Kultur und Sport im Rahmen der Offenen Ganztagschulen für die Entwicklung gemeinsamer Konzepte an den Ganztagsschulen nutzen. Die Einbindung von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe, des Sports und des kulturellen Bereichs auf gleicher Augenhöhe muss in allen Bereichen der Schule und ihrer Gremien erfolgen. Im Rahmen ihrer Selbstständigkeit entscheiden die Schulen über alle außerunterrichtlichen Angebote im Rahmen eigener Finanzbudgets.

**Selbstständige Schule:****Wir wollen die Selbstständigkeit der Schulen in starken Bildungslandschaften vor Ort stärken****Selbstständigkeit im staatlichen Bildungswesen**

Dreh- und Angelpunkt für die beste Bildung für alle in der Schule ist ein besserer Unterricht. Der Unterricht ist der Ort, an dem sich der Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern im Besonderen entscheidet. Er ist das Ergebnis einer langfristig angelegten Entwicklungsarbeit aller an der Schule Beteiligten. Nur diese können sinnvoll darüber entscheiden, welche Schritte und Instrumente für einen guten Unterricht an ihrer Schule unter den gegebenen Rahmenbedingun-

1 gen notwendig sind. Sie sind als Seismografen des Wandels, den sie  
2 vielfältig erleben und bewältigen müssen, besser aufgestellt, um im  
3 Rahmen einer kompensatorischen Bildungspolitik zusammen mit den  
4 Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe Fehlentwicklungen  
5 frühzeitig zu begegnen.

6  
7 Wir trauen den Schulen die Gestaltungsfähigkeit für einen besseren  
8 Unterricht zu. Wir wissen aus den Erfahrungen anderer Bildungssys-  
9 teme, dass dieses allemal effektiver ist als ein engmaschiges Netz  
10 von Vorschriften und Kontrollen durch den Staat.

11  
12 Wir werden die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass das päd-  
13 agogische und didaktische Know-how in den Schulen für die Entwick-  
14 lungsarbeit genutzt und verbessert wird.

15  
16 Voraussetzung für die Vergleichbarkeit der Ergebnisse selbststän-  
17 digen Schulen ist ein Staat, der die Rahmenbedingungen und die  
18 Vergleichbarkeit der Ergebnisse sichert. Er beschreibt künftig nur  
19 noch in Form von Standards und Kernlehrplänen die pädagogischen  
20 und fachlichen Ziele von Schule und überprüft deren Erreichen durch  
21 Lernstandserhebungen, qualitätsorientierte Schulinspektionen und  
22 zentrale Abschlussprüfungen.

23  
24 Der Staat ist Teil eines Steuerungssystems, das den Schulen zwar  
25 die Ziele vorgibt, sie aber den Weg dorthin wirklich weitgehend frei  
26 gestalten lässt. Nicht jede Region ist gleich, und jedes Kind ist an-  
27 ders. Deshalb ist es wichtig, dass die Schulen Gestaltungsspielraum  
28 für eigene Schwerpunktsetzungen haben und nicht durch gesetzliche  
29 Vorgaben und Vorschriften weiter unnötig eingeengt werden.

### 30 31 **Selbstständigkeit umsetzen**

32  
33 In der selbstständigen Schule werden die Bereiche Unterrichts- und  
34 Personalentwicklung sinnvoll mit der Organisationsentwicklung einer  
35 Schule verbunden. Wir werden gemeinsam mit den Schulträgern  
36 dafür sorgen, dass sich die Schulen auf ein dichtes Unterstützungs-  
37 netz verlassen können. Für uns ist dies – im Gegensatz zu anderen -  
38 keine Floskel.

39  
40 Die Schulen müssen selbst und verantwortlich über Inhalte und Orga-  
41 nisation des Unterrichts entscheiden können! Dazu werden wir alle  
42 Erlasse und Verfügungen in ihrer Gültigkeit zeitlich begrenzen. Die  
43 Schulen entscheiden selbst über den Unterrichtsrahmen, die Verbin-  
44 dung bestimmter Fächer, die Rhythmisierung und die Organisation  
45 des Unterrichts, die Zusammensetzung und die Größe von Lerngrup-  
46 pen oder die Grundlagen und die Ausgestaltung der Leistungsbewer-  
47 tung – mit Ausnahme der Abschlussprüfungen.

48  
49 Wir wollen, dass Lehrerinnen und Lehrer zusammen mit Schülerinnen  
50 und Schülern sowie weiteren Partnern gemeinsam die Schule entwi-  
51 ckeln und so die Qualität steigern. Dazu werden wir die Einrichtung  
52 schulischer Qualitätsteams einfordern und diese mit eigenen Fortbil-  
53 dungsmitteln ausstatten.

54  
55 Wir werden den Aufbau einer offenen Evaluationskultur an den  
56 Schulen unterstützen. Dabei geht für uns die interne Evaluation durch  
57 die Schule selbst der Überprüfung und Beratung von außen voraus.  
58 Sie soll wichtige Erkenntnisse für die Weiterentwicklung der Qualität  
59 der Schulen liefern. Darüber hinaus setzen wir auf eine externe



1 Evaluation durch eine Schulinspektion nach niederländischem  
2 Vorbild. Sie soll als Reflexionspunkt und Rückmeldung von außen  
3 über die Entwicklungsarbeit einer Schule dienen. Sie schwächt nicht  
4 das Zutrauen in die Gestaltungsfähigkeit der Schulen – sie stärkt  
5 diese durch partnerschaftliche Zusammenarbeit und Unterstützung.  
6

7 In der selbstständigen Schule müssen alle mitgenommen werden!  
8 Nur wenn alle Beteiligten die Möglichkeit haben, sich angemessen in  
9 den Qualitätsentwicklungsprozess einzubringen und sich hinter den  
10 Entwicklungszielen einer Schule versammeln, sind auch die gemein-  
11 samen Perspektiven sichtbar. Neben den Steuergruppen werden wir  
12 daher die Gremien der Schulmitwirkung wieder demokratisieren.  
13 Dazu gehört für uns ganz selbstverständlich, dass wir die Drittelpari-  
14 tät in den Schulkonferenzen wieder einführen und den Ausschluss  
15 der Kommunen von der Schulleiterwahl wieder rückgängig machen  
16 werden.

17  
18 Eine wichtige Voraussetzung für die Beteiligung aller Akteure auf  
19 Augenhöhe ist für uns die Schaffung von echter Mitbestimmung. Wir  
20 werden den Frontalangriff der Landesregierung auf sie rückgängig  
21 machen und die Mitbestimmung auf die Erfordernisse der selbststän-  
22 digen Schule ausrichten. Wir wollen, dass die Lehrerräte mit echten  
23 Personalratsaufgaben mit den Schulleitungen verhandeln können und  
24 hierfür angemessen qualifiziert und entlastet werden.  
25

26 Wir werden den Schulleitern alle für ihre Führungsrolle in der selbst-  
27 ständigen Schule notwendigen Kompetenzen geben und sie von  
28 Verwaltungsarbeit entlasten. Schulleiter sind Leitungskräfte, die für  
29 die Wahrnehmung dieser Aufgabe auch Zeit benötigen. Zudem erhalten  
30 sie Unterstützung durch eine serviceorientierte Personalverwal-  
31 tung. In der Schule ist es wichtig, dass alle, die mit Steuerungsauf-  
32 gaben beschäftigt sind, verwaltungsseitig intensiv unterstützt werden.  
33

34 Wir wollen, dass Schulleiter vor ihrer Amtsübernahme und begleitend  
35 angemessen qualifiziert werden. Das geht nur über die ausreichende  
36 Bereitstellung von mehr Fortbildungsmitteln. Überhaupt werden wir  
37 klarstellen: Aus- und Fortbildung sind der Schlüssel für die Weiterent-  
38 wicklung von Schulen und deren Lehrkräften.  
39

40 Zur Selbstständigkeit gehört auch die Verfügbarkeit von Mitteln für die  
41 Schulen. Dazu wollen wir die Trennung von inneren und äußeren  
42 Schulangelegenheiten so weit es geht überwinden. Die Verantwort-  
43 lichkeiten von Staat und Schulträgern wollen wir genauer definieren  
44 und die entsprechenden Mittel von Land und Kommune für die Schu-  
45 len in einem Budget zusammenfassen. Damit erhalten die Schulen  
46 zum Beispiel die Möglichkeit, Sozialarbeiter, Medienfachleute, Kunst-  
47 pädagogen in die Schule einzubinden. Die im Modellprojekt Selbst-  
48 ständige Schule erfolgreich erprobte Möglichkeit der Kapitalisierung  
49 freier, besetzbarer Lehrerstellen wird daher auf alle Schulen des  
50 Landes übertragen.  
51

52 Für die beste Entwicklung von Schulen sollen auch fortlaufend  
53 aktuelle Erkenntnisse der Pädagogik und Didaktik in den Schulen  
54 verwendet werden. Es war daher ein schwerer Fehler der schwar-  
55 gelben Landesregierung, das national anerkannte Landesinstitut für  
56 Schule aufzulösen und somit einem Know-how-Abfluss aus NRW  
57 Vorschub zu leisten. Wir brauchen die Anbindung der Wissenschaft  
58 an die Weiterentwicklung des Bildungswesens. Deshalb werden wir  
59 ein landesweites Institut für Aus- und Fortbildung im Bildungswesen

1 und eine Qualitätsagentur für das Land NRW etablieren und diese mit  
2 der Wissenschaft verknüpfen.

### 5 **Rahmenbedingungen für selbstständige Schulen**

7 Die selbstständigen Schulen werden eingebettet in ein System von  
8 Beratung und Service, zu denen die Unterstützung durch den Perso-  
9 nalservice, durch die Schulaufsichtsbehörden, die landesweite Quali-  
10 tätsagentur, Evaluationsberater und eine neu justierte Schulaufsicht  
11 gehören. Kernstück von schulnahen Beratungs- und Serviceleis-  
12 tungen wird jedoch die Einführung regionaler Bildungsbüros auf der  
13 Ebene der Kreise und kreisfreien Städte sein. Diese werden gemein-  
14 sam durch Land und Kommunen getragen. Die regionalen Bildungs-  
15 büros sollen regionale Aktivitäten im Bildungswesen koordinieren und  
16 insbesondere die Schulen mit den Einrichtungen der Jugendhilfe, der  
17 Weiterbildung, der beruflichen Bildung und weiterer Träger und Aktivi-  
18 täten verbinden. Zudem wollen wir von dieser Stelle aus die genaue  
19 Stellenzuweisung auf der Grundlage einer durch Landesschlüssel  
20 verbindlichen allgemeinen Stellenzuweisung vornehmen. Damit  
21 schaffen wir ein wirksames Instrument auf der kommunalen Ebene,  
22 um Anreize für eine kompensatorische Bildungspolitik zu setzen. Die  
23 größtmögliche Akzeptanz schaffen wir durch regionale Bildungskon-  
24 ferenzen, die aus Vertretern der Schulaufsicht, des Schulträgers und  
25 der Schulen gebildet werden.

27 In den regionalen Bildungsbüros werden zudem Serviceleistungen für  
28 die Schulen gebündelt. Hierzu zählen u.a. Angebote der Umwelter-  
29 ziehung, Gesundheitserziehung, Beratung in Ganztags- und Integra-  
30 tionsfragen, Übergangmanagement Schule – Beruf bzw. Hoch-  
31 schule.

33 Unser Ziel ist die Schaffung regionaler Bildungslandschaften, in de-  
34 nen alle Einrichtungen des Bildungswesens vor Ort miteinander ver-  
35 netzt werden und dafür sorgen, dass möglichst bruchlose Bildungs-  
36 biografien für Kinder und Jugendliche mit dem Anschluss an das  
37 lebenslange Lernen möglich werden. Besonderes Augenmerk legen  
38 wir dabei weiterhin auf die Zusammenarbeit der Schulen mit den  
39 Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. In einer so verstandenen  
40 Beratungs- und Unterstützungslandschaft werden die Kommunen  
41 zunehmend zu bildungspolitische Akteure, deren Einflussmöglich-  
42 keiten deutlich über die Regelung der äußeren Schulangelegenheiten  
43 hinausgehen. Dieses Konzept einer erweiterten Schulträgerschaft  
44 streben wir bewusst an, um langfristig eine partnerschaftliche Schul-  
45 entwicklung zu erreichen. Dazu ist es notwendig, dass Aufgaben  
46 zwar kooperativ gelöst werden, Zuständigkeiten zwischen Kommune  
47 und Land jedoch eindeutig zugeordnet werden, damit keine Doppel-  
48 oder Nicht-Zuständigkeiten entstehen. Dabei bleibt die staatliche Ge-  
49 samtverantwortung für die Entwicklung des Bildungswesens erhalten.

51 Ein neu justiertes System von Beratung und Steuerung erfordert  
52 neben dem veränderten Aufgabenverständnis der Schulaufsicht auch  
53 eine klarere Struktur als bisher. Wir werden daher künftig die Kern-  
54 aufgaben der Schulaufsicht von den Aufgaben Beratung und Service  
55 trennen und neu verteilen. Vor dem Hintergrund einer klaren Zustän-  
56 digkeitsverteilung wollen wir eine möglichst schulnahe Beratung und  
57 Unterstützung auch in schulaufsichtlicher Hinsicht und streben dazu  
58 einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen des Landes und der  
59 Kommunen an.

1 Zum neuen Steuerungsverständnis von Schule gehört, dass dem  
2 Landtag jährlich ein landesweiter Bildungsbericht über den Stand der  
3 Entwicklung schulischer Qualität vorgelegt wird.  
4  
5  
6

## 7 **Berufsbildung:**

8 **Wir können und dürfen es uns nicht erlauben, dass auch nur ein**  
9 **junger Mensch in NRW ohne abgeschlossene Ausbildung bleibt.**

### 10 **Situation der beruflichen Bildung**

11  
12  
13 Das System der beruflichen Bildung befindet sich in einer tiefen Krise.  
14 Dem dualen System gelingt es seit Jahren nicht mehr, jungen Men-  
15 schen nach ihrem Schulabschluss ein auswahlfähiges Angebot an  
16 Ausbildungsplätzen anzubieten.  
17

18 Auch in konjunkturell stärkeren Phasen reicht die Zunahme von ange-  
19 botenen Ausbildungsplätzen und abgeschlossenen Ausbildungsver-  
20 trägen bei weitem nicht aus, alle Bewerberinnen und Bewerber mit  
21 einem betrieblichen Ausbildungsplatz zu versorgen. Im Gegenteil: Die  
22 Zahl der unversorgten Jugendlichen steigt kontinuierlich an, so dass  
23 im Jahr 2006 erstmals mehr als die Hälfte der Ausbildungsplatz-  
24 suchenden Altbewerberinnen und Altbewerber waren. Verschärft wird  
25 diese Entwicklung auch dadurch, dass durch die Einführung von Stu-  
26 diengebühren viele Abiturienten auf ein Hochschulstudium verzichten  
27 und in die berufliche Ausbildung ausweichen.  
28

29 Diese Situation ist nicht nur eine Katastrophe für die Zukunftschancen  
30 junger Menschen, sie gefährdet auch durch den sich abzeichnenden  
31 Fachkräftemangel die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der  
32 deutschen Volkswirtschaft.  
33  
34

### 35 **Ausbildungsgarantie für alle - auf hohem Niveau**

36  
37 Das duale System stellt eine Besonderheit in unserem Bildungssys-  
38 tem dar. Während allen Jugendlichen an Schulen und Hochschulen  
39 ein Platz garantiert wird, sofern sie über die entsprechenden Vor-  
40 aussetzungen verfügen, ist das bei der dualen Ausbildung nicht der  
41 Fall. Obwohl (schon 1980) durch Verfassungsgerichtsurteil Wirt-  
42 schaft, Handwerk und allen anderen Anbieter von Ausbildungsstellen  
43 im dualen System die Verpflichtung eines ausreichenden Ausbil-  
44 dungsstellenangebotes – unerheblich wirtschaftlicher Bedingungen –  
45 aufgetragen wurde, und es damit seine Legitimation erhielt, ist ein  
46 abgesicherter Übergang in die berufliche Ausbildung nicht gewähr-  
47 leistet. Noch immer orientiert sich die Zahl der betrieblichen Ausbil-  
48 dungsplätze im Wesentlichen an der aktuellen Nachfrage der  
49 Unternehmen.  
50

51 Der sich abzeichnende Fachkräftemangel bei gleichzeitigem Anstieg  
52 der Anzahl junger Menschen ohne Berufsausbildung sind ein Beleg  
53 dafür, dass sich diese Nachfrage jedoch weniger an den langfristigen  
54 wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Notwendigkeiten ausrichtet,  
55 als vielfach dem reinen kurzfristigen Profitinteresse der Unternehmen.  
56 Die Zukunftschancen der jungen Menschen bleiben dabei auf der  
57 Strecke.  
58

1 Unser politisches Ziel ist klar: Eine echte Ausbildungsgarantie für alle  
2 jungen Menschen und zwar auf hohem qualitativen Niveau.

3  
4 Dazu bedarf es in erster Linie der Sicherung und Weiterentwicklung  
5 des dualen Systems der beruflichen Bildung. Trotz der jährlich wie-  
6 derkehrenden erschreckenden Zahlen unversorgter Jugendlicher auf  
7 dem Ausbildungsmarkt hat das duale System für uns Zukunft. Ein  
8 duales Berufsbildungssystem, bei dem die Wirtschaft betriebliche  
9 Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt, ist grundsätzlich das beste  
10 Mittel zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit. Das zeigt auch der  
11 europäische Vergleich.

12  
13 Deshalb ist es eine der dringendsten Aufgaben, insgesamt mehr  
14 Ausbildungsplätze im dualen System zu schaffen. Dazu bedarf es  
15 weit größerer Anstrengungen, als sie im Ausbildungskonsens  
16 vereinbart worden sind. Es gilt auch, ein höheres Maß an Gerechtig-  
17 keit herzustellen zwischen ausbildenden Betrieben und den Betrie-  
18 ben, die nicht ausbilden, obwohl sie es könnten. Bei aller notwen-  
19 digen und erprobten Flexibilität des Systems der dualen Ausbildung  
20 kann es keine Einschränkungen des in der Ausbildungsordnung  
21 festgelegten schulischen Anteils geben.

22  
23 Um aber langfristig eine echte Ausbildungsgarantie zu verankern,  
24 reichen Maßnahmen im und für das duale System zurzeit alleine nicht  
25 aus. Um allen jungen Menschen eine berufliche Erstausbildung zu  
26 garantieren, brauchen wir – zeitlich befristet – neben dem dualen  
27 System eine gleichermaßen anerkannte und qualitativ hochwertige  
28 staatlich verantwortete zweite Säule in der Berufsbildung.

29  
30 Die Landschaft des dualen Systems ist vor allem geprägt durch  
31 industrielle Strukturen und das Handwerk. Hier hat dieses System  
32 seine Ursprünge und gleichzeitig auch seine größten Erfolge vorzu-  
33 weisen. Es muss allerdings im Zuge des Wandels der Arbeitsgesell-  
34 schaft festgestellt werden, dass das duale System im Dienstleistungs-  
35 bereich nicht an die Erfolge in anderen Bereichen anknüpft, deshalb  
36 muss es in diesem Bereich ausgebaut werden.

37  
38 Die Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen und die Ausbildung des  
39 Fachkräftenachwuchses ist zu aller erst die Verantwortung der  
40 Wirtschaft. Solidarische Finanzierungsmodelle können dabei helfen.  
41 Daher muss eine Einführung derartiger Instrumente insbesondere auf  
42 regionaler und Branchenebene geprüft werden. Als Bezugspunkt  
43 können die Kammerbezirke dienen. So können Ausbildungsplätze  
44 dort geschaffen werden, wo sie benötigt werden.

45  
46 Nicht zuletzt die Kammern müssen ihre Anstrengungen weiter erhö-  
47 hen. Die Unternehmen müssen verstärkt in die Verantwortung ge-  
48 nommen werden, nicht ausbildende Betriebe müssen zur Ausbildung  
49 motiviert und durch erfahrene Ausbildungsbetriebe über Chancen und  
50 Nutzen informiert werden. Kammern sollen Betriebe, die zum ersten  
51 mal ausbilden, begleiten und in ein „Netzwerk der Neuen“ bei den  
52 Kammern einbinden.

53  
54 Bei Betrieben, die sich aus der Ausbildung zurückziehen, müssen  
55 systematisch die Gründe ermittelt und Maßnahmen entwickelt wer-  
56 den, solchen Entwicklungen entgegenzusteuern. Kammern sollten  
57 auf gesondert erhobene Gebühren im Zusammenhang mit der Ausbil-  
58 dung verzichten. Die Kammern müssen die Möglichkeit schaffen,  
59 dass diese Kosten von allen Betrieben übernommen werden.

1 Die berufliche Erstausbildung muss auch zukünftig in gesamtgesell-  
2 schaftlicher Verantwortung abgesichert werden. Um zu verhindern,  
3 dass immer mehr Jugendliche auf staatliche Ausbildungsangebote  
4 angewiesen sind, muss Politik eine aktivierende Berufsbildungsfinan-  
5 zierung entwickeln. Von daher wollen wir kleine und mittlere Unter-  
6 nehmen, die im Verbund mit anderen Unternehmen oder einer über-  
7 betrieblichen Ausbildungsstätte ausbilden, weiter organisatorisch und  
8 finanziell unterstützen.

9  
10 Zum gesetzlichen Auftrag der Kammern gehört unter anderem „die  
11 Aufgabe, das Gesamtinteresse der ihnen zugehörigen Gewerbetrei-  
12 benden ihres Bezirkes wahrzunehmen, für die Förderung der gewerb-  
13 lichen Wirtschaft zu wirken und dabei die wirtschaftlichen Interessen  
14 einzelner Gewerbebezüge oder Betriebe abwägend und ausgleichend  
15 zu berücksichtigen.“ (Industrie- und Handelskammergesetz) Dieser  
16 gesetzliche Auftrag muss mit Nachdruck verfolgt werden.

17  
18 Damit erhalten die Kammern die Legitimation, mit den von ihnen er-  
19 hobenen Beiträgen für einen Ausgleich zwischen ausbildenden  
20 Betrieben und Ausbildungsverweigerern zu sorgen. Die Kammern  
21 könnten auf diesem Wege die Kosten kompensieren, die den ausbil-  
22 denden Unternehmen durch die Berufsschultage entstehen.

23  
24 Wir wollen die Entwicklung moderner Berufsbilder. Als Antwort auf die  
25 zunehmende Spezialisierung vieler Unternehmen kam es auch zu  
26 einer Spezialisierung vieler Berufsbilder. Dies hat zu einer höheren  
27 Zahl der Berufe und einer vermeintlich höheren Passgenauigkeit ge-  
28 führt. Die Verwendung dieser Berufsbilder hat aber im gleichen Zug  
29 drastisch abgenommen, da immer weniger Betriebe und Unterneh-  
30 men mit solchen Berufen etwas anfangen können. Wir streben an, die  
31 Anzahl der Ausbildungsberufe zugunsten einer breiteren Qualifikation  
32 zu verringern und einfachere Berufsbilder wieder als Ausbildungs-  
33 berufe zu ermöglichen.

### 34 35 36 **Bessere individuelle Förderung ist ein wirksames Instrument, 37 um einen Ausbildungsabbruch vorzubeugen**

38  
39 Wir wollen Auszubildende stärker individuell fördern. Dazu müssen  
40 Berufsschulen und Betriebe enger miteinander zusammenarbeiten. In  
41 einem ausbildungsbegleitenden Unterstützungssystem muss der indivi-  
42 duelle Qualifikationsbedarf frühzeitig kontinuierlich ermittelt und den  
43 Auszubildenden die entsprechende Förderung angeboten werden.  
44 Gemeinsame Fortbildungen von Ausbilderinnen und Ausbilder bzw.  
45 Berufsschullehrerinnen und -lehrer können dabei helfen und eine  
46 bessere Lernortkooperation fördern.

47  
48 Für den gesicherten Einstieg in die Berufsausbildung, Senkung der  
49 Abbruchquoten und den erfolgreichen Abschluss der Ausbildung  
50 müssen die Grundlagen schon in der Schule gelegt werden. Dazu  
51 muss die Berufs- und Arbeitsweltorientierung fester Bestandteil des  
52 Unterrichts werden. Schulen, regionale Betriebe, Bundesagentur für  
53 Arbeit, Gewerkschaften und Kammern sollen dazu eng kooperieren  
54 und gemeinsam entsprechende Angebote entwickeln. Des Weiteren  
55 soll ein Angebot an Schulsozialarbeit kontinuierlich aufgebaut, ausge-  
56 baut und institutionalisiert werden. Diese zweite Profession ist uner-  
57 lässlich, um individuell die Aneignung von Sozial- und Humankompe-  
58 tenzen zu fördern. Die notwendigen Stellen sind nicht auf Lehrerstel-  
59 len anzurechnen.

1 Insbesondere auf Jugendliche mit Migrationshintergrund muss ein  
2 besonderes Augenmerk gelegt werden. Der Ausgleich von Sprach-  
3 defiziten muss dabei im Mittelpunkt stehen. Wichtig ist beispielsweise  
4 eine Verbesserung des Zusammenspiels von Integrationskursen  
5 nach dem Zuwanderungsgesetz und von Maßnahmen der Beschäfti-  
6 gungsförderung nach SGB II und SGB III: z.B. Ausbau des Sprach-  
7 förderangebots mit berufsbezogenen Elementen.

8  
9 Die qualitativen und quantitativen Herausforderungen bedürfen einer  
10 gemeinsamen Anstrengung und eines intensiven Dialogs aller Betei-  
11 ligten. Um stärker auf die regionalen Bedarfe und Besonderheiten  
12 eingehen zu können, wollen wir regionale Berufsbildungsdialoge  
13 forcieren.

### 16 **Berufskollegs zu beruflichen Kompetenzzentren ausbauen**

17  
18 Die Organisation der Berufskollegs als selbstständige Schulen mit  
19 eigener Rechtsform und Finanzierung durch eine staatlich-kommu-  
20 nale Verantwortungsgemeinschaft bietet die organisatorische Voraus-  
21 setzung für die Bildung von beruflichen Kompetenzzentren. In beruf-  
22 lichen Oberstufen können dort weiterhin alle schulischen Abschlüsse  
23 erworben und damit die Durchlässigkeit des Schulsystems in NRW  
24 gesichert werden.

25  
26 Die Berufskollegs in NRW sollen darüber hinaus in Zukunft als staat-  
27 liche Einrichtungen der Ausgangspunkt einer staatlich verantworteten  
28 2. Säule der Berufsausbildung sein und eine vollzeitqualifizierende  
29 Ausbildung dann sichern, wenn die duale Ausbildung vor Ort nicht  
30 ausreichend gesichert ist. Zusätzlich wollen wir die Möglichkeiten des  
31 novellierten Berufsbildungsgesetzes (BBiG) verstärkt nutzen, so dass  
32 alle Jugendlichen in vollzeitschulischen Bildungsgängen, die ergän-  
33 zend zu den im dualen System bereit gestellt werden, diese zusätz-  
34 lich mit einer Kammerprüfung abschließen können. Gemeinsam mit  
35 den Kammern werden hierzu Qualitätsstandards vereinbart, die die  
36 Akzeptanz dieser Abschlüsse auf dem Arbeitsmarkt sichern.

37  
38 Beide Wege sollen durch Praxisphasen ergänzt werden, die durch  
39 örtliche Betriebe oder durch Ausbildungsverbünde bereitgestellt  
40 werden. Eine Kooperation mit betrieblichen und überbetrieblichen  
41 Ausbildungsstätten wollen wir unterstützen. Ein berufliches Kompe-  
42 tenzzentrum ist deshalb nicht nur eine „Schule“ im herkömmlichen  
43 Sinne, sondern arbeitet intensiv mit unterschiedlichen Trägern der  
44 Berufsausbildung in einem Netzwerk federführend zusammen. Die  
45 Rolle der überbetrieblichen Ausbildungsstätten ändert sich so, weil  
46 sie gleichzeitig Lernort im dualen System und in der zweiten Säule  
47 der Berufsbildung mit in Berufskollegs geführten Ausbildungsgängen  
48 werden. Die Finanzierung dieses praktischen Teils der Ausbildung  
49 wird staatlicherseits gesichert.

50  
51 Die Berufskollegs als berufliche Kompetenzzentren sind Teil der  
52 regionalen Bildungslandschaft. Sie können ergänzend zum bestehen-  
53 den Weiterbildungsangebot mit kostenpflichtigen Angeboten im Wei-  
54 terbildungsbereich auch Einnahmen erwirtschaften, die zur Verbesse-  
55 rung der Ausstattung im Ausbildungsbereich genutzt werden.

56  
57 Wir streben die Gleichwertigkeit der beruflichen und der allgemeinen  
58 Bildung an. Deshalb wollen wir das Berufsbildungssystem zu einem

1 gleichberechtigten Zweig des Bildungswesens entwickeln, in dem  
2 auch alle schulischen Abschlüsse erworben werden können.

3  
4 Die berufliche Oberstufe muss und kann stärker als bisher als Alternative zum Lernen in der allgemeinbildenden Oberstufe profiliert werden. Dies geschieht insbesondere dadurch, dass bereits bestehende Angebote stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gebracht werden.

### 10 **Durchlässigkeit erhöhen**

11  
12 Unser Bildungssystem muss insgesamt durchlässiger werden, auch in der beruflichen Bildung. Das bedeutet, dass wir die starre Trennung zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung überwinden müssen.

13  
14  
15  
16 ~~Die Diskussion um einen Europäischen und Nationalen Qualifikationsrahmen wollen wir daher nutzen, die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Systemen und Bildungsbereichen zu erhöhen. Dies betrifft auch die sinnvolle Verzahnung und Anrechnung der Abschlüsse der beruflichen Bildung mit den eingeführten Bachelor-Abschlüssen. So leisten wir einen wirkungsvollen Beitrag zum lebenslangen Lernen. Die Diskussion um einen Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) wollen wir nutzen, um die strategische Absicht des Europäischen Rates zur Schaffung eines europäischen Bildungsraums deutlich zu unterstützen. Bei der Entwicklung des Nationalen Qualifikationsrahmens (NQR), der sich an den Makrozielen Mobilität der Aus- und Weiterbildung, Transparenz und Qualität der Bildungsangebote, Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Ausbildung, Kompetenzorientierung von Qualifikationen ausrichtet, wollen wir vor allem die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Systemen und Bildungsbereichen erhöhen. Dies betrifft auch die sinnvolle Verzahnung und Anrechnung der Abschlüsse der beruflichen Bildung mit den eingeführten Bachelor-Abschlüssen. So leisten wir einen wirkungsvollen Beitrag zum lebenslangen Lernen.~~

17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36 Mehr Durchlässigkeit bedeutet für uns auch, dass wir stärker als bisher erbrachte Einzelleistungen, wie berufsvorbereitende Maßnahmen oder Einstiegsqualifizierungen, zertifizieren und sie auf eine folgende Berufsausbildung anrechnen. Gleiches gilt für die erbrachten Leistungen von Ausbildungsabbrechern. Jede/r soll eine zweite Chance bekommen, seine Ausbildung zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen.

37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45 Bildungsgänge der beruflichen Grundbildung, aber auch Berufsfachschulen wie die Handelsschule oder sogar vollzeitschulische Berufsausbildungsgänge dürfen nicht zu Warteschleifen werden. Unser Ziel ist es, dass die in den vollzeitschulischen Bildungsgängen verbrachte Zeit zumindest teilweise auf Ausbildungszeiten angerechnet wird bzw. zur Teilnahme auch einer außerschulischen Berufsabschlussprüfung berechtigt.

46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53 ~~Übrigens: 70 % aller Jugendlichen durchlaufen die Berufskollegs in der Sek. II. Ein Kollegium arbeitet gemeinsam in unterschiedlichen Schulformen. Es ist selbstverständlich für Lehrerinnen und Lehrer, in unterschiedlichen Bildungsgängen mit jeweils anderen Anforderungsprofilen zu unterrichten. Die Berufskollegs sind ein eindrucksvoller Beleg für die positiven Ansätze der sozialdemokratischen Bildungspe-~~

1 litik. Die Erfahrungen können für die Gemeinschaftsschule fruchtbar  
2 und unterstützend sein.  
3  
4  
5

## 6 **Weiterbildung:**

### 7 **Wir wollen lebenslanges Lernen ermöglichen und fordern**

8  
9 Lebenslanges Lernen ist eine wichtige Voraussetzung für die Teilha-  
10 be der Menschen am gesellschaftlichen Miteinander. Sie sichert nicht  
11 nur die Beschäftigungsfähigkeit, sondern ermöglicht auch die Entfal-  
12 tung der Persönlichkeit durch Partizipation am sozialen, politischen  
13 und kulturellen Leben.  
14

15 Lebenslanges Lernen fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt  
16 und die Entwicklung der sozialen Demokratie. Lebenslanges Lernen  
17 entscheidet auch über die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit des  
18 Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen. Angesichts des demogra-  
19 fischen Wandels und längerer Lebensarbeitszeiten kommt es darauf  
20 an, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über die gesamte  
21 Berufsbiografie hinweg ihre Qualifikationen erhalten und erweitern  
22 können.  
23

24 Wir wollen die lernende Gesellschaft, in der sich Menschen ein Leben  
25 lang weiterentwickeln können. Lebenslanges Lernen und Weiterbil-  
26 dung sind Kernelemente der zukunftsfähigen und nachhaltigen  
27 Gestaltung unseres Gemeinwesens.  
28

29 Eine besondere Herausforderung besteht darin, dass die Weiterbil-  
30 dung sich auf den gesellschaftlichen Alterungsprozesses einstellt.  
31

32 Gesellschaftlich ist das Interesse an einer kompetenten und teilhabe-  
33 bereiten älteren Generation gerade auch in der Weiterbildung zu ver-  
34 deutlichen. Partizipation im Alter setzt den gebildeten und sich wei-  
35 terbildenden Erwachsenen jenseits des Erwerbsalters voraus.  
36

37 Lernen und Bildung im Alter sind gleichermaßen für die Gesellschaft  
38 und für den Einzelnen eine gewinnbringende Investition. Denn zu  
39 einem "guten" oder "gelingenden" Altern gehört es, ausgehend von  
40 den eigenen Fähigkeiten und Interessen am gesellschaftlichen Leben  
41 teil zu haben. Bildung im Alter trägt zur Integration in die Gesellschaft  
42 bei, weil sie zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben befähigt. Ler-  
43 nen und Bildung sind daher sowohl unverzichtbarer Bestandteil als  
44 auch notwendige Bedingung für eine selbständige Lebensführung  
45 und soziale Aktivitäten im Alter. Altersbildung erweitert die Hand-  
46 lungsfelder älterer Menschen und steigert somit ihre Lebensqualität.  
47

48 In der beruflichen Weiterbildung und in der Erwachsenenbildung wird  
49 aber auch die Förderung des gemeinsamen Lernens der Generatio-  
50 nen immer wichtiger. Weiterbildungsangebote die den Austausch  
51 zwischen den Generationen fördern, sind für Jung und Alt von hohem  
52 zusätzlichem Wert. In beiden Gruppen nimmt nicht nur der Erfah-  
53 rungs- und Wissensgewinn sondern auch die Motivation zu. Gemein-  
54 sames lebenslanges Lernen verbindet die Generationen.  
55

56 All dies verdeutlicht: Bildung im Alter liegt im öffentlichen Interesse.



## 1 Weiterbildung ist öffentliche Aufgabe

2  
3 Weiterbildung ist ein entscheidender Abschnitt von „Bildung im  
4 Lebenslauf“. Sie steht genauso in öffentlicher Verantwortung wie  
5 andere Bildungsabschnitte und ist Teil der öffentlichen Daseinsvor-  
6 sorge. Wir bekennen uns zum Recht auf Weiterbildung. Weiterbildung  
7 erweitert den Horizont, erhöht die Chancengleichheit, wirkt gesell-  
8 schaftlicher Desintegration entgegen und leistet einen Beitrag zur  
9 Herstellung sozialer Gerechtigkeit.

10  
11 Unser besonderes Augenmerk gilt Weiterbildungsangeboten für ~~älte-~~  
12 ~~re Menschen im und nach dem Erwerbsleben~~, für Menschen mit Mi-  
13 grationshintergrund und aus einkommensschwachen und bildungs-  
14 fernen Milieus sowie zur Entwicklung politischer Urteils- und Hand-  
15 lungsfähigkeit und interkultureller Kompetenz.

16  
17 Angesichts rückläufiger Teilnahmezahlen wollen wir in einer gemein-  
18 samen Anstrengung von Land, Kommunen, Weiterbildungsträgern  
19 und Landesorganisationen der Weiterbildung die Weiterbildungs-  
20 beteiligung in Nordrhein-Westfalen auch durch gezielte Öffentlich-  
21 keitsarbeit deutlich erhöhen. Die Voraussetzungen dafür sind gut. Mit  
22 dem bundesweit immer noch vorbildlichen Weiterbildungsgesetz ist in  
23 Nordrhein-Westfalen eine plurale und leistungsfähige Weiterbildungs-  
24 landschaft entstanden, deren Herzstück die kommunale Pflichtauf-  
25 gabe Volkshochschule mit ihrem flächendeckenden Netz ist und  
26 bleibt. Die Volkshochschulen gewährleisten die Grundversorgung mit  
27 Weiterbildung und stellen gemeinsam mit den Einrichtungen in ander-  
28 er Trägerschaft ein bedarfsdeckendes und wohnortnahes qualifizier-  
29 tes, differenziertes und bezahlbares Angebot sicher.

30  
31 Allerdings haben CDU und FDP die nordrhein-westfälische Weiter-  
32 bildungslandschaft durch ihre Kürzungspolitik massiv unter Druck  
33 gesetzt. Entgegen vorherigen Ankündigungen, den Weiterbildungs-  
34 etat aufzustocken, beging Schwarz-Gelb auch hier Wortbruch und  
35 kürzte die Weiterbildungsmittel um 13,5 Millionen Euro.

## 38 Prinzip der 2. Chance stärken

39  
40 Wir wollen das Recht auf Weiterbildung auch dadurch verwirklichen,  
41 dass wir allen Menschen in unserem Land garantieren, entgeltfrei an  
42 einer anerkannten Weiterbildungseinrichtung Schulabschlüsse nach-  
43 zuholen. Die Weiterbildungskollegs mit den Bildungsgängen Kolleg,  
44 Abendgymnasium und Abendrealschule erfüllen eine wichtige  
45 ausgleichende Funktion zur Sicherung von Chancengleichheit. Die  
46 Sicherung individueller Bildungschancen erfordert einen Ausbau der  
47 Weiterbildungskollegs zu flexiblen, nach modularen Prinzipien  
48 organisierten Kompetenzzentren lebenslangen und mediengestützten  
49 Lernens. Wir wollen allen Menschen in NRW, die nicht lesen und  
50 schreiben können, garantieren, entgeltfrei an einem Alphabetisie-  
51 rungskurs in einer anerkannten Weiterbildungseinrichtung teilzu-  
52 nehmen.

## 55 Weiterbildung zum kommunalen Politikfeld entwickeln

56  
57 Wir wollen die kommunale Bildungsverantwortung stärken und die  
58 Gemeinden, Städte und Kreise bei der Entwicklung einer kommunal-

1 len Bildungspolitik und beim Aufbau von Bildungslandschaften unter-  
2 stützen. Voraussetzung dafür ist ein kommunales Leitbild für Bildung.  
3

4 Die Schaffung dieser Bildungslandschaften setzt die Entwicklung  
5 einer Kooperationskultur bei allen bildungsrelevanten Akteuren (Wei-  
6 terbildungseinrichtungen, Kindergärten, Schulen, Betriebe, Kammern,  
7 Arbeitsagenturen, Gewerkschaften, Hochschulen u.a.) voraus. Dabei  
8 können die Volkshochschulen mit ihrer kommunalen Verankerung  
9 und ihren Kooperationserfahrungen einen wichtigen Beitrag als  
10 Moderatoren und Koordinatoren leisten.

11  
12 Im Rahmen der kommunalen Bildungsplanung wollen wir insbeson-  
13 dere die Kooperation der Weiterbildungseinrichtungen mit Schulen  
14 stärken. Insbesondere Angebote zur kommunalen Lehrerfortbildung  
15 und zum Erwerb von anerkannten Zertifikaten(z B. Fremdsprachen  
16 und IuK-Techniken) für Schülerinnen und Schüler wollen wir fördern.  
17

18 Die Weiterbildungseinrichtungen sind gefordert, spezielle Angebote  
19 für junge Erwachsene zu entwickeln, um sie nach Schule und Aus-  
20 bildung für lebenslanges Lernen zu interessieren und motivieren.  
21 Volkshochschulen und Berufskollegs, die wir zu beruflichen Kompe-  
22 tenzzentren umbauen wollen, stellen ein kommunal abgestimmtes  
23 Angebot zur beruflichen Weiterbildung bereit.  
24  
25

### 26 **Flächendeckende Weiterbildungsberatung schaffen**

27

28 Der Weiterbildungsmarkt ist für viele Bürgerinnen und Bürger zu in-  
29 transparent. Der Weiterbildungsinformation und -beratung – vor allem  
30 für bildungsferne Menschen mit und ohne Migrationshintergrund -  
31 kommt deshalb eine wachsende Bedeutung zu. Weiterbildungsbera-  
32 tungsstellen sollen nicht nur Weiterbildungsbedarfe identifizieren und  
33 Navigationshilfen durch das Angebot bieten, sondern auch individu-  
34 elle Kompetenzbilanzen und Bildungspläne erstellen.  
35  
36

### 37 **Qualität von Weiterbildung sichern**

38

39 Wir werden alle vom Land geförderten Weiterbildungseinrichtungen  
40 verpflichten, die Qualität ihrer Arbeit durch ein anerkanntes Zertifikat  
41 oder Gütesiegel nachzuweisen. Zur Qualitätsentwicklung gehören  
42 auch die systematische Fortbildung sowie die angemessene Hono-  
43 rierung und soziale Absicherung der freiberuflichen Kursleiter und  
44 Kursleiterinnen.  
45  
46

### 47 **Weiterbildung aufwerten**

48

49 Wir wollen die Spitzenposition von Nordrhein-Westfalen im Bereich  
50 der Weiterbildung halten und ausbauen. Wir werden uns mit den  
51 Kommunen, den Weiterbildungsträgern und den Landesorganisa-  
52 tionen der Weiterbildung auf ein Weiterbildungsprogramm für NRW  
53 verständigen. Wir werden die Weiterbildungsförderung spürbar  
54 anheben und dafür sorgen, dass Weiterbildung einen höheren  
55 Stellenwert in der Landespolitik erhält.  
56  
57

**1 Eine starke Demokratie ist ohne politische Bildung undenkbar**

2  
3 Politische Bildung ist ein unverzichtbarer, eigenständiger Bildungsbereich in einem Gesamtsystem der Weiterbildung. Die Förderung der politischen Bildung ist und bleibt eine elementare öffentliche Aufgabe.

7  
8 Angesichts „zunehmender Politikverdrossenheit“ ist die Forderung nach mehr politischer Bildung von besonderer Bedeutung. Im Rahmen des lebenslangen Lernens muss allen Menschen der Zugang zu gesellschaftspolitischem Wissen offen stehen, um eine aktive Mitwirkung in der Demokratie zu fördern.

13  
14 Politische Bildung ist ein konstitutives Element unserer demokratischen Kultur und muss so früh wie möglich in unseren Schulen gefördert werden. Die Mitwirkung von Schülerinnen, Schülern und Eltern in allen schulischen Gremien hat oberste Priorität.

**21 Lehrer/innenausbildung:****22 Wir wollen die Lehrer/innenausbildung durch Bachelor und  
23 Master an „pädagogischen Zentren für Lehrer/innenbildung“  
24 reformieren**

25  
26 Die Stärke unseres nordrhein-westfälischen Bildungssystems liegt bei  
27 den über 180.000 Lehrerinnen und Lehrern, die jeden Tag den Kindern und Jugendlichen Halt und Anerkennung geben, sie erziehen und ihnen Fach- und Methodenwissen vermitteln. Viele qualifizieren sich weiter, entwickeln neue Ideen, um jeder neuen Schülergeneration in einer angemessenen Form zu begegnen. Trotz zunehmender Belastung, gerade in sozialen Brennpunkten, leisten Lehrerinnen und Lehrer in Zusammenarbeit mit Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und anderen Professionen jeden Tag einen konkreten Beitrag, dass Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft seinen stärksten Rohstoff, gut ausgebildete junge Menschen, entwickeln kann. Wir wissen: Die Motivation und Leistungsbereitschaft dieser Bildungsfachleute ist der Schlüssel für die Leistungsfähigkeit unseres Schulsystems. Der Lehrerausbildung kommt somit bei der Qualität der Bildung der Schülerinnen und Schüler eine zentrale Bedeutung zu.

41  
42 Veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen, gewandelte Familien- und Erziehungsstrukturen, eine veränderte Lebensumwelt der Schülerinnen und Schüler und die Notwendigkeit der Vermittlung selbstständigen Lernens und der Problemlösungskompetenz im Gegensatz zur reinen Wissensvermittlung machen einen veränderten Unterricht und damit eine Reform der Lehrer/innenausbildung dringend notwendig.

**51 Reformen sind dringend notwendig**

52  
53 Internationale Studien wie PISA, IGLU und die im September 2004 erschienene OECD-Studie zum Vergleich der Lehrer/innenbildung in Deutschland mit anderen Modellen in Europa - die nun auch der Ausbildung der deutschen Lehrer/innen ein schlechtes Zeugnis ausstellt - verdeutlichen den Reformbedarf. Von Wissenschaftsrat, Hochschulrektorenkonferenz und Kultusministerkonferenz liegen schon länger Empfehlungen zur Lehrer/innenausbildung vor, die der veränderten

1 Schule gerecht werden. Besserer Unterricht braucht eine reformierte  
2 Lehrer/innenausbildung.  
3

4 Kritik an der bisherigen Lehramtsausbildung kommt auch aus der  
5 Praxis: Lehrerinnen und Lehrer beklagen den „Praxisschock“ beim  
6 Berufseinstieg und die bisherige Nachrangigkeit der Lehrer/innenausbildung gegenüber den wissenschaftsbezogenen Studiengängen an den Universitäten. Über das Reformziel sind sich alle Betroffenen  
7 einig: Lehrerinnen und Lehrer müssen vom ersten Tag ihres  
8 Studiums an die Verbindung von Praxis und Theorie erfahren.  
9  
10  
11

### 12 13 **Den Bologna-Prozess gestalten** 14

15 Ausgehend von der Bologna-Deklaration, die am 19. Juni 1999 von  
16 29 europäischen Nationen unterzeichnet wurde, wird auch die Lehrer/innenausbildung in Nordrhein-Westfalen zum Wintersemester  
17 2008/2009 auf das Bachelor-Master-System umgestellt werden. Nicht  
18 nur deshalb ist die Einleitung eines umfassenden und nachhaltigen  
19 Reformprozesses notwendig, der die neuesten wissenschaftlichen  
20 Erkenntnisse und Diskussionen einbezieht sowie die Beteiligung aller  
21 Akteure gewährleistet. Es muss definiert werden, welche pädagogischen  
22 Kompetenzen den angehenden Lehrerinnen und Lehrern im  
23 Studium vermittelt werden sollen. Die zu erreichenden Qualifikationen  
24 und deren Stufen sind in entsprechenden Standards verbindlich  
25 festzulegen. Anschließend sind Kriterien für die Auswahl und Verknüpfung der Inhalte des fach- und bildungswissenschaftlichen  
26 Lehrer/innenstudiums zu entwickeln.  
27  
28  
29

30 Der Landesgesetzgeber steuert die Lehrer/innenausbildung über die  
31 Festlegung von berufsbezogenen Kompetenzen und Standards sowie  
32 fach- und bildungswissenschaftlicher Kerncurricula. Über die Bestimmung eines Rahmenmodells der Lehrer/innenausbildung hinaus müssen die Hochschulen eigene Gestaltungsspielräume bekommen, die sie durch die Entwicklung eigener Studienpläne und Module nutzen  
33 können. Andererseits muss sicher gestellt sein, dass die Universitäten die notwendigen Kapazitäten für die Lehrer/innenausbildung  
34 bereitstellen.  
35  
36  
37  
38  
39

40 Die Notwendigkeit der Vermittlung selbstständigen Lernens und der  
41 Problemlösungskompetenz im Gegensatz zur reinen Wissensvermittlung machen einen veränderten Unterricht notwendig. Hier müssen  
42 gezielt neue Kompetenzen wie Diagnosefähigkeit und Umgang mit  
43 heterogenen Lerngruppen vermittelt werden, um so dem Ziel der individuellen Förderung nahezukommen. Darüber hinaus müssen Lehrerinnen und Lehrer in der „Selbstständigen Schule“ zusätzliche  
44 Organisationsqualitäten entwickeln, Schule im kommunalen Raum  
45 vertreten und den kooperativen Umgang mit den Eltern pflegen.  
46  
47  
48  
49

50 Wir wollen auch die Qualität der zweiten Phase der Lehrer/innenausbildung deutlich steigern. Wir benötigen hier ebenfalls einheitliche  
51 Standards und eine fortwährende Evaluation der Lehrinhalte. Die  
52 Studienseminare müssen laufend auf dem aktuellen Stand der Methodik und Didaktik sein. Hierzu bedarf es einer größeren Vernetzung  
53 und besseren Fortbildung der Fach- und Hauptseminarleiter.  
54 Unerlässlich ist dazu ein stärkerer Austausch mit den Universitäten.  
55  
56  
57  
58

## 1 Lehrer/innenausbildung zukunftsfähig gestalten

2  
3 Die zukünftige Entwicklung unseres Schulsystems hin zur Gemein-  
4 schaftsschule erfordert eine Differenzierung der Lehrer/innenausbil-  
5 dung nach Altersstufen und Lernbiografien der Schüler/innen. Dies  
6 steht im Gegensatz zur schulformbezogenen Ausbildung des selekti-  
7 ven dreigliedrigen Schulsystems. Auch wenn wir anerkennen, dass  
8 wir in der Primarstufe, den Sekundarstufen, den Förderschulen und  
9 den Berufskollegs unterschiedliche Profile vorfinden, müssen wir  
10 diese gleichberechtigt nebeneinander stellen. Von daher schreiben  
11 wir eine gleich lange Ausbildungsdauer für alle Lehramtsstudien-  
12 gänge fest.

## 13 14 15 Pädagogische Zentren für Lehrer/innenbildung schaffen

16  
17 Wir setzen uns dafür ein, dass pädagogische Zentren für Lehrer/in-  
18 nenbildung an jeder Universität eingerichtet werden. Diese sind mit  
19 ausreichenden Ressourcen und bzgl. ihrer inhaltlichen Ausgestaltung  
20 mit klar definierten Kompetenzen auszustatten. Sie bündeln an den  
21 Universitäten die Trias von Fachwissenschaft, Unterrichtsdidaktik und  
22 Bildungswissenschaften. Sie sind zuständig für eine engere Verzah-  
23 nung der Universitäten mit den Studienseminaren und sie kooperie-  
24 ren mit den Ausbildungsschulen von Erzieherinnen und Erziehern.  
25 Die Zentren für Lehrer/innenbildung sollen darüber hinaus leitende  
26 Akteure der Weiterbildung von Lehrer/innen sein.

## 27 28 Das Recht und die Pflicht zur Weiterbildung für Lehrerinnen 29 und Lehrer schaffen

30  
31 Der gesellschaftliche Wandel war und ist ein stetiger Prozess, auf  
32 den der Staat zu jeder Zeit geeignete Antworten geben muss. Mit  
33 dem Konzept des „Lebenslangen Lernens“ akzeptieren wir, dass  
34 berufliche Weiterbildung wesentlicher Bestandteil des gesellschaftli-  
35 chen Entwicklungsprozesses ist. Von daher muss es dem Staat eine  
36 Verpflichtung sein, Lehrer/innen stetig weiter- und auszubilden. Aus  
37 dieser Erkenntnis heraus leiten wir das Recht und die Pflicht zur  
38 Weiterbildung von Lehrer/innen ab und setzen uns dafür ein, dass die  
39 erforderlichen finanziellen und zeitlichen Ressourcen bereitgestellt  
40 werden.

## 41 42 43 44 Zugang zur Hochschulbildung öffnen – 45 Qualität der Hochschulbildung stärken

46  
47 Inbesondere Sozialdemokraten ist es gelungen, in 39 Jahren der  
48 Verantwortung für NRW den Strukturwandel eines industriell gepräg-  
49 ten Landes hin zu einer Wissensgesellschaft zu beginnen. Das neue  
50 Interesse an Bildung bietet die Chance, die Weltbilder von Politik und  
51 Wissenschaft wieder anzunähern. Die Gefahr hierbei liegt in einer  
52 politischen und ökonomischen Instrumentalisierung sensibler  
53 Kraftzentren der Gesellschaft, die sich nur aus sich selbst heraus ent-  
54 wickeln lassen und deren politische und ökonomische Fremdsteuerung  
55 großen Schaden anrichten kann. Die zentrale Problematik der  
56 Wissenschafts- und der Bildungspolitik insgesamt ist, dass die staat-  
57 lichen Akteure Verantwortung für die Bildungsentwicklung als Ganzes  
58 wahrnehmen müssen, aber gleichzeitig die Eigengesetzlichkeit des  
59 Systems zu beachten haben. Es gilt also eine richtige Balance zwi-

1 schen Gestaltungsanspruch, staatlicher Verantwortung und der  
2 Eigengesetzlichkeiten von Bildung und Wissenschaft zu finden. Das  
3 ist die hohe Kunst der Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Eine Pers-  
4 pektive, der es nicht um Organisationsformen, sondern um Erneue-  
5 rung dessen geht, was man als Substanz unseres Bildungssystems  
6 bezeichnen kann, ist mehr denn je die Herausforderung.

7  
8 Wir wollen eine so verstandene Autonomie unserer Hochschulen  
9 durch Stärkung der inneren Demokratie sowie gleiche Beschäfti-  
10 gungs- und Tarifbedingungen für die Beschäftigten der Hochschulen.

### 11 12 13 **Qualität der wissenschaftlichen Bildung nachhaltig steigern**

14  
15 Es ist festzustellen, dass der Bedarf an wissenschaftlich ausgebil-  
16 detem Personal für Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft insge-  
17 samt deutlich angestiegen ist und noch weiter steigen wird. Das Land  
18 und die Hochschulen haben deshalb den gemeinsamen Auftrag, die  
19 hierfür erforderlichen Ausbildungskapazitäten in Quantität und Quali-  
20 tät bereitzustellen. Gleichzeitig müssen sie dabei die zeitnahe Umset-  
21 zung aktueller Forschungsergebnisse sicherstellen, da diese ent-  
22 scheidend für eine erfolgreiche und nachhaltige Bildung und Ausbil-  
23 dung sind. Dafür muss der Auftrag der Hochschulen, die Ausbildung  
24 des wissenschaftlichen Nachwuchses unter anderem durch den  
25 weiteren Ausbau von Graduate Schools, Nachwuchsforschergruppen  
26 und Nachwuchsprofessorinnen und -professoren, qualitativ gestärkt  
27 werden. Der Weiterbildungsauftrag der Hochschulen ist zu stärken.  
28 Dieses gilt für die Weiterbildung des Personals und der Graduierten.

29  
30 Die Qualität der Bildung im Elementar-, Primar- und Sekundarbereich  
31 bestimmt ganz wesentlich die Qualität von Bildung und Ausbildung im  
32 tertiären Bereich der wissenschaftlichen und beruflichen Bildung.  
33 Gleichzeitig bildet die Qualität der Bildung im tertiären Bereich wieder-  
34 um die Grundlage für alle Stufen der Bildungskette. Das gilt insbe-  
35 sondere für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern und  
36 Lehrerinnen und Lehrern. Hier besteht ein großer Bedarf an steigen-  
37 der Qualifikation, deren Grundlage eine wissenschaftliche Ausbildung  
38 ist.

39  
40 Wir wollen eine Qualitätsverbesserung der Ausbildung von Erziehe-  
41 rinnen und Erziehern und Lehrerinnen und Lehrern im Rahmen der  
42 Hochschulausbildung.

### 43 44 45 **Hochschulzugang öffnen**

46  
47 Die Öffnung des Zugangs zu Bildung und die Öffnung der Übergänge  
48 zwischen den einzelnen Bildungsinstitutionen kommt eine wichtige  
49 gesellschafts- und bildungspolitische Bedeutung zu. Dies erfordert  
50 eine kontinuierliche aktive Förderung, insbesondere der Menschen  
51 aus einkommensschwachen und bildungsfernen Milieus.

52  
53 ~~Barrieren wie beispielsweise die mangelnde Offenheit des Hoch-~~  
54 ~~schulzugangs für Personen, die nicht über ein Abitur verfügen, son-~~  
55 ~~dern zunächst eine berufliche Ausbildung aufgenommen haben,~~  
56 ~~müssen abgebaut werden.~~

57 Die Abschottung von akademischer und beruflicher Bildung muss ein  
58 Ende haben. Auch in NRW sind die Hürden für beruflich Qualifizierte  
59 beim Hochschulzugang noch immer zu hoch, zu intransparent und für

1 zu viele abschreckend. Dabei stehen die akademischen Leistungen  
2 beruflich Qualifizierter denen der Abiturienten in nichts nach. Auch  
3 eine höhere Abbrecherquote ist nicht bekannt. Gerade der dritte  
4 Bildungsweg bietet die große Chance, mehr Studierende für Technik-  
5 und Naturwissenschaften zu mobilisieren.

### 8 **Neue Chancen für junge Menschen schaffen**

10 Die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen stehen derzeit vor großen  
11 Herausforderungen. Zum einen muss die Hochschulausbildung im  
12 Rahmen der Bologna-Reform modernisiert werden, zum anderen wird  
13 sich die Zahl der Studienberechtigten bis 2020 deutlich erhöhen.

15 Um den Hochschulstandort NRW zu sichern und die Hochschulen für  
16 eine erhöhte Zahl von Studienanfängern offen zu halten, haben Bund  
17 und Länder den Hochschulpakt 2020 vereinbart. Im Rahmen des  
18 Hochschulpaktes sollen für die Jahre 2007 bis 2009 insgesamt mehr  
19 als eine Milliarde Euro zum Ausbau der bundesweiten Studienkapazi-  
20 tätäten zur Verfügung gestellt werden. Nordrhein-Westfalen muss un-  
21 verzüglich damit beginnen, im Rahmen eines Masterplans die Anzahl  
22 der Studienplätze umfangreich auszubauen. Dabei muss beachtet  
23 werden, dass die Vereinbarungen des Hochschulpaktes 2020 alleine  
24 nicht den gewünschten Erfolg bringen können, sondern nur durch  
25 zusätzliche Investitionen des Landes die erhöhte Zahl an Studienan-  
26 fängern auffangen kann. Beim Ausbau der Studienplätze darf nicht  
27 nur auf Studiengänge mit hoher Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt  
28 Wert gelegt werden, sondern der Erhalt der fachlichen Breite ist  
29 genauso gewünscht wie ein weiterer Ausbau des Fächerangebotes.  
30 ~~zielgenau neue und zusätzliche Studienplätze aufzubauen. Hierbei~~  
31 ~~sind insbesondere Studiengänge mit hoher Studierendennachfrage~~  
32 ~~und hoher Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt sowie der Erhalt der~~  
33 ~~fachlichen Breite der Studienangebote zu berücksichtigen.~~

35 Was als ein Lösungsansatz begonnen wurde, um mehr Studienplätze  
36 zu schaffen, drohte lange Zeit aber in den Mühlen eines falsch ver-  
37 standenen Wettbewerbsföderalismus zerrieben zu werden. Die aus-  
38 schließlich negative Fokussierung auf den Aspekt der Finanzierung  
39 war falsch. Die stark steigende Zahl der Studierenden in den nächs-  
40 ten Jahren ist nicht vorrangig als ein finanzielles Problem zu verste-  
41 hen. Mehr Studierende sind eine einmalige Chance für uns alle. Mehr  
42 junge Menschen, die eine gute und höhere Bildung wollen, mehr  
43 kluge Köpfe, mehr innovative Menschen sind genau das, was von der  
44 OECD völlig zu Recht als Zukunft unseres Landes empfohlen wird.

46 Es liegt in der gesamtstaatlichen Verantwortung von Bund und Län-  
47 dern, mit einer wirklich ausreichenden Investition in die Lehre dafür  
48 zu sorgen, dass junge Menschen auch qualifiziert studieren können.  
49 Junge Menschen, die künftig ein Studium aufnehmen wollen, dürfen  
50 nicht vor verschlossenen Türen stehen. Statt wie in Nordrhein-West-  
51 falen zusätzliche Hürden beim Hochschulzugang aufzubauen und  
52 damit einen Verdrängungsmechanismus auf dem Lehrstellenmarkt  
53 auszulösen, müssen wir für mehr Chancengleichheit sorgen.

## 1 **Chancengleichheit sicherstellen**

2  
3 Die Politik der Landesregierung und ihre Haushaltsbeschlüsse lassen  
4 nicht erkennen, dass Nordrhein-Westfalen sich aktiv für eine Steige-  
5 rung der Studierendenquote einsetzt. Im Gegenteil: Das Einfrieren  
6 der Zuschüsse im Rahmen des Zukunftspaktes hat in Verbindung mit  
7 dem so genannten Hochschul„freiheits“gesetz eine strukturelle Kür-  
8 zung an den Hochschulen bewirkt. Dieses Hochschul„freiheits“gesetz  
9 wird zu Personalabbau führen, der gleichbedeutend mit weiterem  
10 Studienplatzabbau ist.

11  
12 Deshalb werden wir das Hochschul„freiheits“gesetz so schnell wie  
13 möglich zurück nehmen und durch ein sozial gerechtes Gesetz  
14 ersetzen, das wirkliche Freiheiten der Forschung und Lehre mit dem  
15 Grundwert der Chancengleichheit verbindet.

16  
17 Die Einführung von Studiengebühren hat bereits viele junge Men-  
18 schen von einem Studium abgeschreckt und sie so in ihren Chancen  
19 beschnitten. Der aktuelle Einbruch der Studienanfängerzahlen in  
20 Nordrhein-Westfalen ist ein deutliches Alarmsignal, dass Studien-  
21 gebühren der falsche Weg sind. So gingen zum Wintersemester  
22 2006/ 2007 die Anfängerzahlen um 10 Prozent an den Universitäten  
23 und um 7 Prozent an den Fachhochschulen dramatisch zurück. Dies  
24 ist fatal auch für die wirtschaftliche Perspektive unseres Landes.

25  
26 Unser Ziel muss es sein, dass mittelfristig mindestens 50 % eines  
27 Altersjahrgangs zu einem Studienabschluss gelangen. Da  
28 demografisch bedingt die Zahl der Studienberechtigten in den  
29 kommenden Jahren stark ansteigen wird, ist dieses für ein Land mit  
30 der Tendenz einer alternden Bevölkerungsstruktur eine  
31 außergewöhnliche Chance. Sie droht aber ungenutzt zu verstreichen,  
32 wenn es nicht gelingt, an unseren Hochschulen gebührenfreie  
33 Studienplätze in ausreichender Zahl für die Bewerberinnen und  
34 Bewerber zur Verfügung zu stellen.

35  
36 Die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen sind nicht in der Lage, die  
37 zusätzlich benötigten Kapazitäten mit den vorhandenen Ressourcen  
38 alleine bereit zu stellen. Schon heute sind die Hochschulen unter-  
39 finanziert und arbeiten unter Überlastbedingungen. Hinzu kommt,  
40 dass die konsequente, mit einer Studienreform verbundene Umstel-  
41 lung auf Bachelor- und Masterstudiengänge mehr Personal bindet.

42  
43 Um die Studierendenquote zu steigern, muss deshalb unverzüglich  
44 mit der Kapazitätsausweitung und Schaffung von neuen und  
45 zusätzlichen Studienplätzen begonnen werden. Dabei muss auf  
46 Chancengleichheit der größte Wert gelegt werden.

47  
48 Dies gilt auch für den Übergang von Bachelor zum Masterstudien-  
49 gang. Hier darf es keine Brüche oder Beschränkungen geben.

## 50 51 52 **Für eine sozial gerechte Studienfinanzierung**

53  
54 Die 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks zeigt: Noch  
55 immer entscheidet in Deutschland die soziale Herkunft über den Bil-  
56 dungsweg: Von 100 Akademikerkindern finden 83 den Weg an die  
57 Hochschule, von 100 Kindern aus Familien ohne akademische Tra-  
58 dition sind es nur 23. Eine Erhöhung des BAföG ist dringend geboten.



1 ~~Allerdings muss das BAföG auch in seinen Strukturen weiterentwi-~~  
2 ~~ckelt werden.~~

3  
4 ~~Um Chancengerechtigkeit herzustellen und die Studierendenquote zu~~  
5 ~~steigern, muss die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger~~  
6 ~~gesteigert werden.~~

7  
8 ~~Wir werden uns auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzen, mit~~  
9 ~~der genannten Zielsetzung das BAföG als bildungs- und sozialpoli-~~  
10 ~~tisches Instrument zu stärken. BAföG dient nicht der Finanzierung~~  
11 ~~von Studiengebühren.~~

12  
13 Das BAföG ist für uns das zentrale Instrument für Chancengleichheit  
14 in der Bildung. Nur mit einem starken und verlässlichen BAföG wird  
15 es gelingen, mehr Studierende aus sozial schwächeren oder bil-  
16 dungsfernen Schichten für ein Hochschulstudium zu gewinnen. Nach  
17 Jahren der Nicht-Anpassung sind spürbar höhere BAföG-Sätze und  
18 Einkommensfreibeträge jetzt mehr als überfällig. Fakt ist: Deutsch-  
19 land braucht mehr Studierende, um im internationalen Wettbewerb  
20 mithalten zu können. Zwischen einer BAföG-Erhöhung und der Stu-  
21 dierneigung besteht erwiesenermaßen ein enger Zusammenhang.  
22 Studienkredite sind schon allein aufgrund der immensen Verschul-  
23 dungsrisiken keine Alternative zum BAföG.

24  
25 Wir werden bei Regierungsübernahme einen Beschluss zur Abschaf-  
26 fung der Studiengebühren für das Erststudium herbeiführen. Aller-  
27 dings muss die Tatsache anerkannt werden, dass die Hochschulen  
28 auf die dann wegfallenden Mittel angewiesen sind. Hochschulen  
29 brauchen eine auskömmliche Finanzierung. Daher muss die Abschaf-  
30 fung der Studiengebühren für das Erststudium mit einem gleichwer-  
31 tigen und gleichzeitigen Ausgleich der Einnahmen der Hochschulen  
32 einhergehen. Mit dieser Vorgabe muss ein zweckgebundener Zu-  
33 schuss bis 2015 aufgebaut werden, der die bisherigen Einnahmen  
34 der Hochschulen durch Studiengebühren 1:1 deckt.

35  
36 Dieser Zuschuss wird sich deshalb an der Studierendenzahl ausrich-  
37 ten. Er wird mit einer echten Zweckbindung verbunden sein, damit er  
38 den Studierenden und der Qualität des Studiums zu Gute kommt.  
39 Deshalb werden wir, um Zweckentfremdung zu verhindern, die Ver-  
40 wendung nach einem zentralen Kriterienkatalog des Landes vorge-  
41 ben und den Studierenden ein echtes Mitsprache- und Entschei-  
42 dungsrecht bei der Verwendung der Mittel geben.

43  
44 Wenn wir Studiengebühren für das Erststudium abschaffen, werden  
45 wir die Mittel des bei der NRW-Bank angesparten Ausfallfonds nicht  
46 als Sondervermögen im Landeshaushalt vereinnahmen. Wir werden  
47 mit diesem Geld eine Stiftung einrichten, deren Stiftungszweck die  
48 Förderung des Studiums in NRW ist. Diese NRW-Studienstiftung soll  
49 mit weiteren Mitteln der Wirtschaft und der öffentlichen Hand in den  
50 Folgejahren ausgebaut werden. Die Stiftung wird zwei Aufgaben er-  
51 halten: Die Vergabe von Stipendien und die Förderung von beson-  
52 ders leistungsstarken Studierenden und Nachwuchswissenschaft-  
53 lerinnen und -wissenschaftlern nach sozialen Kriterien.

54  
55  
56 **Hochschule als Ausbilder stärken**

57  
58 Trotz Anstrengungen, gerade vieler kleinerer Unternehmen und  
59 Handwerksbetriebe, müssen wir feststellen, dass die Ausbildungs-

1 bereitchaft der Unternehmen insgesamt abnimmt und bei weitem  
2 nicht alle Betriebe, die ausbilden könnten, ihrer wirtschaftlichen und  
3 sozialen Verantwortung nachkommen.  
4

5 Im Interesse der jungen Menschen müssen alle im Land zur Verfü-  
6 gung stehenden Ausbildungspotenziale ausgeschöpft werden. Hierzu  
7 gehört auch, die Ausbildungsstellen an unseren Hochschulen zu  
8 erhalten und wo möglich, auszubauen. Hochschulen sind Motoren für  
9 neue wissensbasierte Berufsbilder für zukunftsfähige Arbeitsplätze.  
10

11 Gerade die Hochschulen haben sich in den letzten Jahrzehnten zu  
12 Partnern in der dualen beruflichen Bildung entwickelt. Wer die Ergeb-  
13 nisse in Forschung und Entwicklung in neue Produkte, Verfahren und  
14 Dienstleistungen umsetzen will, muss gerade hier eine enge Einbin-  
15 dung der nichtwissenschaftlichen Ausbildung stärken.  
16  
17  
18

## 19 **Bildungsausgaben:**

### 20 **Wir wollen mehr in Bildung investieren**

21  
22 Bildung ist ein öffentliches Gut. Bildung darf nicht zu einer Ware wer-  
23 den, die sich nicht alle leisten können. Wer es mit der Förderung und  
24 Entfaltung der Chancengleichheit Ernst meint, der muss den freien  
25 Zugang zu allen Bildungseinrichtungen - vom Kindergarten bis zum  
26 ersten Hochschulstudium und nachgeholten Schul- und Berufsab-  
27 schlüssen – garantieren. Diese Maxime ist handlungsleitend für die  
28 SPD in NRW. Für uns sind Bildungsausgaben Zukunftsinvestitionen  
29 in die persönliche Entwicklung des einzelnen Menschen.  
30

31 Für uns sind Bildungsausgaben Zukunftsinvestitionen, weil sie die  
32 notwendige Voraussetzung für dauerhaftes Wirtschaftswachstum  
33 darstellen. Deshalb müssen Bund und Länder regelmäßig überprü-  
34 fen, ob genügend in Bildung investiert wird und ob diese Mittel  
35 effizient eingesetzt werden.  
36  
37

### 38 **Bildungsausgaben steigern**

39  
40 In Deutschland betragen die öffentlichen Bildungsausgaben 4,4% des  
41 Bruttoinlandsprodukts. Der OECD-Durchschnitt liegt bei 5,1%.<sup>1</sup>  
42

43 Wir wollen und wir müssen in Deutschland und in NRW mehr in  
44 Bildung investieren, wenn wir im Bildungsbereich den Anschluss an  
45 die internationale Spitze erreichen wollen.  
46

47 Wir bekennen uns zur Priorität von Bildung – der besten Bildung für  
48 alle. Deshalb wollen wir die Bildungsausgaben insgesamt steigern  
49 und insbesondere bei den Kleinsten mehr investieren:  
50

- 51 • Bildung für alle – von der Kindertageseinrichtung über schulische  
52 und berufliche Bildung bis zur Hochschule und nachgeholte Schul-  
53 und Berufsabschlüsse – muss grundsätzlich beitragsfrei sein.  
54

---

<sup>1</sup> Die OECD ist eine Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die 1968 das Zentrum für Forschung und Innovation im Bildungswesen ins Leben gerufen hat, das u.a. die Pisa-Studien begleitet.

- 1 • Unser Ziel ist eine Steigerung der Bildungsausgaben beim Bund,  
2 bei den Ländern und in den Kommunen auf mindestens 7 Prozent  
3 des Bruttoinlandsproduktes.  
4
- 5 • Wir steigern die Bildungsausgaben zum Beispiel  
6  
7 ○ indem wir sie nicht an die rückläufigen Schülerzahlen  
8 anpassen.  
9  
10 ○ indem wir alle Mehreinnahmen des Landes zur Hälfte für  
11 Bildung und zur Hälfte zum Schuldenabbau verwenden.  
12
- 13 • Wir wollen die Bildungsfinanzierung vom „Kopf auf die Füße“ stel-  
14 len. Dabei wollen wir bei den Kleinsten deutlich mehr investieren.  
15
- 16 • Im Sinn einer „kompensatorischen Bildungspolitik“ wollen wir  
17 Bildungseinrichtungen mit besonderen Herausforderungen  
18 besonders fördern.  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: